

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 183 · 16. JAHRGANG · AUSGABE 5/2010 · VOM 23. APRIL 2010 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

7 | **Nichts Neues von der
»Uckermarkleitung«**
Nach dem Netzverkauf

10 | **Viel bewegt,
ohne sich zu verbiegen**
Erna und Kurt Kretschmann (1)

14 | **An der Spitze für die
Revolution und gegen Kapp**
Vor 90 Jahren starb Philipp Zopf (2)

Zurück zur kommunalen Energieversorgung

Mit dem Verkauf der Stadtwerkeanteile in den Jahren 2002 und 2005 versuchte die Stadtverwaltung Eberswalde die finanziellen Probleme der Technischen Werke GmbH zu lösen, die in Zahlungsschwierigkeiten geraten waren. Dies war das Ende der kommunalen Energieversorgung in Eberswalde. Die Stadtwerke Eberswalde leiten derzeit ihre Geschäfte auf die EWE und die Eon-Edis über und werden sich auflösen.

Daß die Entscheidung zum Verkauf der Stadtwerkeanteile ein großer Fehler war, ist wohl schon seit längerem ins Bewußtsein der politisch Verantwortlichen gedrungen, ausgesprochen wurde es bisher jedoch so klar noch nicht. Aktuelle Überlegungen zur Rekommunalisierung der Netze bis hin zu einer eventuellen Neugründung von Stadtwerken sprechen jedoch eine eindeutige Sprache. Dabei sind die damals hauptverantwortlichen politischen Kräfte für die Fehlentscheidung. Jetzt aller-

dings mit anderen handelnden Personen, die nun einen Gesprächskreis über die Rekommunalisierung initiiert haben.

In der Hauptausschußsitzung am 18. März berichtete Dr. Hans Mai über die Ergebnisse der ersten Beratung von Vertretern verschiedener Fraktionen über Vorstellungen zur Rekommunalisierung der Energienetze. Vor dem Hintergrund der anstehenden Neuvergabe der Konzessionsverträge schlägt die Gruppe, die sich künftig als überfraktionelle Arbeitsgruppe versteht, vor, so bald und so wirtschaftlich wie möglich erste Schritte zur Rekommunalisierung der Energienetze zu gehen, mit dem Ziel, eine Kostenersparnis für die Bürger zu erreichen. Die Dringlichkeit wird auch dadurch unterstrichen, daß die Käufer der Stadtwerke offenkundig durch überzogene Energiepreise versuchen, den Kaufpreis auf die Bürger abzuwälzen (die Stadtwerke sind derzeit um 30 % teurer, als die preiswertesten Anbieter).

Schon am 25. März traf sich die überfraktionelle Arbeitsgruppe zur nächsten Beratung, um das weitere Vorgehen zu beraten. Lediglich die Fraktion FDP/Bürgerfraktion Barnim hat sich noch nicht zur Teilnahme durchringen können. Im Ergebnis dieser Beratung liegt der StVV am 29. April ein Beschlufentwurf vor mit dem Text: »Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Bürgermeister, umgehend alle notwendigen Maßnahmen einzuleiten, um die Rekommunalisierung des Strom- und Gasnetzes sowie die eigene Netzbetriebung durch die Stadt Eberswalde vorzubereiten. Den Stadtverordneten sind alle notwendigen Informationen zu den Rahmenbedingungen bereit zu stellen: Finanzierungsplan, Betreibermodell (z.B. Betriebung durch die Technischen Werke), Zeitplan.«

Fortsetzung Seite 2



Zum 65. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus

Einer, der sich weigerte, auf seine Mitmenschen zu schießen

Die Tafeln sind eine Sitte wie jede andre auch, ein ehrendes Gedenkzeichen für die Toten. Aber die Tafeln lügen. Es muß nicht heißen: »tué pour la patrie« – es muß heißen: »tué par la patrie«. Getötet durch diesen niedrigen Begriff »Staat«, getötet durch diesen Wahnsinn, der die Heimat, die jeder liebt, mit einem Nützlichkeitsbegriff verwechselt, der den meisten nicht einmal von Vorteil ist, sondern nur den wenigen. Stirbt man für eine Weizenagentur? Für eine Hypothekenbank? Man stirbt für und

durch das Vaterland, und das kommt im wesentlichen auf dasselbe hinaus.

Tafeln, wie lange noch – ? Wie lange noch lassen sich erwachsene Menschen einreden, dass eine sinnlose und anarchische Organisation zwischen den Staaten ein Recht hat, das Leben zu nehmen? Wie lange noch lassen sich Mütter die Söhne, Frauen die Geliebten, Kinder den Vater abschießen für eine Sache, die nicht die Kosten für den Mobilmachungsbefehl wert ist? Wie lange noch wird Mord sanktioniert, wenn

der Mörder sich nur vorher eine Berufskleidung anzieht, seine Kanonen grau anstreicht, seine Gasbomben von der Kirche einsegnen läßt und sich überhaupt gebärdet wie der Statist einer Wagner-Oper? Uns fehlen andere Tafeln. Uns fehlt diese eine:

**Hier lebte ein Mann,
der sich geweigert hat,
auf seine Mitmenschen zu schießen.
Ehre seinem Andenken!**

KURT TUCHOLSKY, aus: Die Tafeln (1925)

Erster Mai 2010 in Eberswalde

Demo von der Grabowstraße (ab DGB-Büro um 10 Uhr) zum Markt mit anschließender Kundgebung auf dem Marktplatz. Es spricht Susanne Stumpfenhusen (ver.di-Landesbezirksleiterin Berlin/Brandenburg).

Zur Befreiung vom Faschismus vor 65 Jahren

Stalingrad – niemals vergessen

Sieg, Zusammenbruch, Befreiung, Neubeginn – das sagt sich alles so leicht.

Millionen Tote, Millionen zerstörte, hoffnungsvolle junge Leben. Niemand kann sich das ganze Leid dieses Krieges wirklich vorstellen. Stalingrad war erst eine Etappe des Wegs, den die Menschen in der UdSSR gehen mußten, um ihr Land zu befreien und zugleich das unsere. Das Ergebnis der ungeheuren Opfer, Überwindung des Faschismus und Frieden, ist noch immer nicht gesichert.

Im Nachtprogramm von RBB-Kulturradio beginnt die fünfte Sinfonie von Pjotr Iljitsch Tschaikowski. Abgrundtiefe Trauer erfüllt die Moll-Passagen des ersten Satzes. Und da ist wieder die Erinnerung. Ein dunkler, kaum gehetzter Kinosaal in den ersten Nachkriegsjahren, gefüllt mit Menschen in Wintermänteln. Noch gibt es Stromsperrern und Hungerrationen auf Karten, noch sind die Bombentrichter nicht zugeschüttet, in denen man zerbrochene Ziegel und rostiges Eisen aus dem trüben Wasser ragen sieht. Wieviel Schwermut erfüllt diese Musik. Auf der Leinwand sieht man Menschen in Erdlöchern, die sich kämpfend an einige Quadratmeter Boden klammern, eine Hand-

granate werfen, in Ruinenwinkeln kauern und sich eine Zigarette drehen. Keiner dieser Soldaten weiß, ob es den Sieg geben wird, für den er kämpft. Fast alle erleben ihn nicht, und die meisten von ihnen ahnen das. Wofür also?

Was ist das, die Heimat, die nur aus rußgeschwärzten Mauern, aus Ziegelbrocken, aus dem Nebenmann im nächsten Erdloch besteht? Sie wissen nicht, ob die Frau noch lebt, was aus den Kindern, aus ihrem Häuschen, ihrem Dorf geworden ist. Sie wehren sich mit Brandflaschen gegen die Panzer, sie ducken sich in ihre Löcher, wenn die Stukas angreifen.

Immer wieder setzt das Orchester aus. Kein Hüstel, kein Atmen im Raum. Dann wecken tiefe Fagott-Töne oder eine sanfte Klarinettenmelodie ein bißchen Hoffnung. Aber sie erlischt gleich wieder, verdrängt von wirren Streicherklängen, von gänzlicher Ungewißheit über den Ausgang eines trüben Ringens. Die Melodie, die später den Sieg verkünden wird, erscheint in tiefstem Moll bei den Holzbläsern und geht wieder unter in diesem Kampf, der kein Ende nimmt. Soldaten in weißer Winterkleidung, Artilleriekämpfe, Stalinorgeln. Das Orchester wird lauter. Schließlich ein langer

Paukenwirbel und eine unendlich lange Stille. Dann hebt sich die Melodie, nun in strahlendem Dur, wie ein auffliegender Vogel. Noch zweifelt man – ist es wirklich wahr? Man muß alle Kraft zusammennehmen, um es zu glauben. Wieviel Freude, wieviel entsetzliche Trauer in diesem Sieg! Und zum Schluß, wieviel Stolz.

Später sah ich einen anderen Film: Stalin in weißer Marschalluniform beugt sich über den Kartentisch. Er zeichnet zwei Pfeile, die sich nach innen krümmen und an einem Punkt jenseits der Wolga treffen. Die Lösung, nach der gesucht wurde – so einfach? Ich werde nie jenen ersten Stalingrad-Film vergessen, jene wahren Bilder, die ehrliche Trauer und die den Film begleitende Tschaikowski-Sinfonie, die ich damals zum ersten Mal gehört habe. Beides gehört seitdem für mich unvergesslich zusammen. Es darf nie wieder ein Stalingrad geben, ein solcher Sieg darf nie wieder nötig sein.

Und zum Abschluß bis zu den Nachrichten noch etwas Klaviermusik von Ravel, sagt der Radiosprecher. Ich schalte den Apparat aus.

ROLF RICHTER,

Bündnis für den Frieden Eberswalde

Fortsetzung von Seite 1

Zurück zur kommunalen Energieversorgung

Die Bedeutung eines solchen Beschlusses ist gar nicht hoch genug einzuschätzen, denn er stellt eine mögliche Umkehr in der städtischen Wirtschaftspolitik dar. Allerdings wäre ein solcher Beschluß nur ein bescheidener Anfang für einen langen beschwerlichen Weg. Fast 30 Millionen Euro waren durch den Stadtwerkeverkauf schnell realisiert. Die Rekommunalisierung der Energienetze und die Wiedergründung neuer Stadtwerke könnten Aufwendungen in ähnlicher Größenordnung verursachen und damit in unendliche Ferne rücken.

Wenn es als eine mögliche Variante gesehen wird, den Technischen Werken Eberswalde eine Rolle im Rekommunalisierungsprozeß zuzuordnen, so liegen darin ganz besondere und zusätzliche Risiken. Zwar ist das Geld aus dem Stadtwerkeverkauf an die TWE geflossen, aber es ist schon jetzt weitgehend aufgebraucht und wird nach bisherigen Einschätzungen bis 2016 vollständig in den Verlustausgleich fließen. Für eine Sanierung der TWE gibt es bis zur Stunde kein Konzept. Der Hauptverlustbringer der TWE ist das Eberswalder Spaßbad, aber auch die anderen Sparten sind im letzten Jahr im Bereich der roten Zahlen geblieben. Es gibt allseits nur die Hoffnung, daß der Rest des Geldes aus dem Stadtwerkeverkauf noch möglichst lange reichen möge. Aber was dann kommt, daran mag niemand denken. Privatisierung des BAFF? Liquidation der TWE? Auf jeden Fall ist bei solcher Konstellation ein Engagement

der TWE bei der Rekommunalisierung der Energiewirtschaft illusorisch. Am Ende würden noch die Eberswalder Energieabnehmer die Verluste der TWE tragen.

Realistischer ist es, die Wohnungs- und Hausverwaltungsgesellschaft in diesen Prozeß einzubeziehen. Die WHG hat durch eine Reihe besonderer Initiativen ihre Leistungsfähigkeit bewiesen. Das zeigen die Installation von Anlagen zur Nutzung alternativen Energien für die Produktion von Warmwasser und Strom, aber auch die Entwicklung des Hauses am Stein (Brasserie) und des Hauses am Markt mit Hotel und Palmenhof (mit letzteren hat die WHG abseits ihrer eigentlichen Aufgaben der Stadt unter die Arme gegriffen, die sich mit dieser Aufgabe überfordert sah).

Die WHG mit ihren 6000 Wohnungen hat auch ein Potential, selbst mit Energie zu handeln und damit ihren Mietern zu helfen, Energie zu günstigeren Konditionen zu beziehen. Das Durchreichen überhöhter Heizkosten der Stadtwerke an die Mieter könnte bald ein Ende haben, indem die WHG die Wärmeproduktion selbst übernimmt. Im Zusammenhang mit effektiveren Anlagen (Kraft-Wärme-Kopplung) können weitere Einsparungen für die Mieter erreicht werden und bei der WHG Mittel für den Prozeß der Rekommunalisierung der Netze und die Wiedergründung von Stadtwerken angesammelt werden. Im Zusammenhang mit einer Berichterstattung des Geschäftsfüh-



Beratung für Kriegsdienstverweigerer

mit Thomas Lehmann

im Begegnungszentrum »Wege zur Gewaltfreiheit«,
16225 Eberswalde, Brautstraße 34, Tel. 03334/22398
Termine nach Vereinbarung

ders der WHG in der Finanzausschussitzung am 15. April wurde, angestoßen durch zwei Einwohnerfragen, auch über eine mögliche Rolle der WHG bei der Rekommunalisierung der Energienetze diskutiert. Sicher wird nun auch ein Nachdenken bei der WHG darüber beginnen. **ALBRECHT TRILLER**

Demonstrieren für einen guten Kapitalismus

Aufruf des DGB zum 1. Mai 2010

Wir, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erwirtschaften Tag für Tag den Wohlstand dieses Landes. Deshalb fordern wir zu Recht:

Wir gehen vor!

Die Krise ist noch nicht vorbei. Gewerkschaften und Betriebsräte haben maßgeblich dazu beigetragen, daß bislang ein starker Anstieg der Arbeitslosigkeit verhindert werden konnte. Kurzarbeit, Tarifverträge zur Beschäftigungssicherung, Konjunkturprogramme und die Abwrackprämie waren Maßnahmen, für die sie gekämpft haben. Nun kommt es darauf an, daß der Staat in der Lage bleibt, unverschuldet in Not geratenen Menschen zu helfen, Arbeitsplätze zu sichern und Unternehmen zu stabilisieren. Die Verursacher der Krise müssen für die Finanzierung der Krisenlasten gerade stehen und für mehr Beschäftigung, Bildung und soziale Sicherheit in die Pflicht genommen werden.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern ein grundlegendes Umdenken in der Gesellschaft. Die Wirtschaft muß den Menschen dienen und nicht den Spekulanten. Wir brauchen eine neue, nachhaltige Form des Wirtschaftens mit mehr Mitbestimmung in den

Betrieben und Verwaltungen. Deshalb kämpfen wir für »Gute Arbeit«, sichere Beschäftigung und gute Tarifverträge.

Um die nächste Spekulationsblase zu verhindern, müssen Zockern und Spekulanten klare Grenzen gesetzt werden. Es darf nicht sein, daß auf den Untergang ganzer Staaten gewettet wird. Mit der Spekulation gegen den Euro werden die sozialen Errungenschaften der Arbeitnehmerschaft in ganz Europa bedroht.

Die Schere zwischen Arm und Reich hat sich weiter geöffnet. Der Sozialstaat muß die Gerechtigkeitslücke schließen. Es darf nicht sein, daß die Milliardensummen deutscher Steuersünder unbehelligt im Ausland verschwinden und die Kinderarmut im Land steigt. Deshalb müssen hohe Einkommen und Erbschaften stärker besteuert werden. Wir streiten für einen Staat, der die Lebensrisiken – Arbeitslosigkeit, Krankheit, Alter, Pflege – verlässlich absichert und sozialen Aufstieg durch Bildung und Arbeit ermöglicht. Wir lehnen die Kopfpauschale im Gesundheitssystem ab. Sie ist ungerecht und stellt das Solidarprinzip auf den Kopf. Ebenso stellen wir uns gegen jede weitere Verschlechterung bei der Rente.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften bekämpfen jeden Versuch, aus der Krise Kapital zu schlagen. Stattdessen gilt es, soziale Ungerechtigkeiten zu beseitigen. Dumpinglöhne und Prekäre Beschäftigung müssen energisch bekämpft werden. Die Einführung von Mindestlöhnen, ein gesetzlicher Mindestlohn, ist dringlicher denn je. Dazu gehört nicht zuletzt »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit« statt »Mißbrauch der Leiharbeit«. Vom Arbeitseinkommen muß man leben können. Eine Regierung, die Niedriglöhne duldet, verzichtet nicht nur auf Steuereinnahmen. Sie subventioniert Unternehmen unnötigerweise mit Steuerermitteln und beschädigt die Würde der Arbeit.

Wir stellen uns quer gegen jegliche Demagogen. Ob sie den Solidargedanken mit Füßen treten, gegen Minderheiten hetzen oder alte Nazi-Parolen aufwärmen. Der 1. Mai ist unser Fest der Solidarität. Hier gibt es keinen Fußbreit Platz für alte und neue Nazis.

Wir demonstrieren am 1. Mai für Gute Arbeit, Gerechte Löhne und einen starken Sozialstaat. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen endlich vorgehen!

DGB Bundesvorstand

Warum mauert der Tierparkdirektor?

Wie in jedem Jahr fragte der Stadtverordnete Carsten Zinn Anfang Januar mittels offizieller Anfrage in der StVV nach den aktuellen Daten zur Bewirtschaftung des Eberswalder Tierparks. Da die Januarsitzung der Stadtverordneten ohne öffentlichen Teil und ohne Fragestunde stattfand, kam die Anfrage erst im Februar zur Sprache. Als Antwort kamen allerdings lediglich grobe Angaben zur Besucherzahl und den Eintrittsgeldern. Alles andere sollte erst auf den Tisch, wenn die Jahresrechnung vorliegt. Soweit, so gut. Doch dann fühlte sich der Stadtverordnete Ingo Naumann (FDP/

Bürgerfraktion Barnim) zum großen Auftritt berufen. Stadtverordnete könnten doch bitte schön selber im Haushaltsplan nachrecherchieren, statt die überlastete Verwaltung damit zu belästigen. Daß der Haushaltsplan für 2010 nur das Rechenergebnis von 2008 enthält, während für die Jahre 2009 und 2010 nur die Planzahlen dargestellt werden, konnte der famosse Kämpfer gegen Überarbeitung in der Stadtverwaltung natürlich nicht wissen. Nun, jeder blamiert sich so gut er kann.

Erstaunlich war allerdings, daß dem Tierparkdirektor Dr. Bernd Hensch nichts besseres

einfiel, als die Vorgaben von Naumann umzusetzen. »Bezugnehmend auf Ihre Anfrage vom 03.01.2010 erhalten Sie anliegend die Jahresrechnungen...«, schrieb Hensch mit Datum vom 6. April und schickte 10 Seiten voller Zahlen. Wobei die genaue Besucherzahl und die Personalstellen für das Jahr 2009 fehlten.

Eine Nachfrage von Carsten Zinn beim zuständigen Dezernenten Lutz Landmann löste bei diesem Verwunderung über das Vorgehen des Tierparchefs aus. Selbstverständlich werde die Anfrage noch formgerecht beantwortet.

G.M.

Übersicht Bewirtschaftung Tierpark 1995 - 2009

Jahr	Besucher	Einnahmen			Personalstellen	Ausgaben					städt. Zuschuß	
		Eintritt	sonst. Einn.	gesamt		Pers.kost.	Futter	Heiz./Energ.	sonst. Kost.	gesamt	Plan	Ist
1995	207.046	308.518,22	149.705,56	458.223,78	27,76	712.457,33	58.194,58	70.608,89	236.273,10	1.077.533,90	604.960,55	619.310,12
1996	201.269	291.732,92	63.851,30	355.584,22	27,76	746.557,19	71.378,98	83.880,30	203.764,73	1.105.581,20	593.251,97	749.996,98
1997	207.755	302.238,95	95.793,21	398.032,16	27,88	773.109,57	61.318,19	83.690,14	207.072,81	1.125.190,71	699.089,39	727.158,55
1998	242.371	357.068,87	168.711,44	525.780,31	28,03	837.185,48	69.637,48	143.879,24	319.878,63	1.370.580,83	817.862,49	844.800,52
1999	274.431	660.557,41	148.064,85	808.622,26	28,38	872.717,40	71.511,39	123.430,87	306.246,01	1.373.905,67	619.634,63	565.283,41
2000	295.547	817.280,95	229.190,66	1.046.471,61	32,88	1.075.407,42	70.878,62	125.124,14	339.751,51	1.611.161,69	679.967,07	564.690,08
2001	217.368	581.958,40	200.764,38	782.722,78	34,12	1.123.317,88	81.067,36	141.458,28	335.207,82	1.681.051,34	633.950,80	898.328,56
2002	243.887	797.983,78	185.117,90	983.101,68	33,12	1.190.163,39	75.438,87	152.867,63	367.925,30	1.786.395,19	501.000,00	803.293,51
2003	264.132	799.567,70	236.251,79	1.035.819,49	33,12	1.225.316,16	70.058,97	156.391,48	376.972,24	1.828.738,85	561.800,00	792.919,36
2004	260.072	756.696,30	140.091,24	896.787,54	32,13	1.230.942,39	80.164,10	154.934,10	358.805,29	1.824.845,88	687.200,00	928.058,34
2005	268.404	868.057,50	163.180,36	1.031.237,86	30,53	1.159.931,58	76.383,25	159.059,00	314.671,37	1.710.045,20	662.400,00	678.807,34
2006	254.651	904.953,15	119.130,30	1.024.083,45	31,48	1.228.021,70	72.454,66	174.524,45	306.466,65	1.781.467,46	849.300,00	757.384,01
2007	258.498	942.508,25	136.383,51	1.078.891,76	24/13	1.227.211,62	84.587,41	173.144,06	358.351,26	1.867.303,61	871.100,00	788.411,85
2008	254.353	1.098.975,85	129.937,11	1.228.912,96	31,75	1.271.335,01	85.504,21	210.700,74	402.417,07	1.969.957,03	746.300,00	741.044,07
2009	250.000	1.094.079,20	198.336,43	1.292.415,63		1.343.658,11	87.403,32	234.637,05	489.239,76	2.154.938,24	918.800,00	862.522,61

Bis 2006 Zahl der Personalstellen zum Stichtag 30.6., 2007 Vollzeitstellen/Teilzeitstellen zum Jahresende. Zu berücksichtigen ist, daß ab dem Jahr 2000 die Märchenvilla in den Tierpark integriert wurde. 1999 hatte die Märchenvilla 5,2 Stellen, die Personalkosten in Höhe von 207.000 Euro verursachten. Der städtische Zuschuß betrug 1999 für die Märchenvilla 183.741,62 Euro.

Quelle: Stadtverwaltung

Stino-Club bleibt in Westend

Eberswalde (bbp). Der Stino-Club, der auf dem Gelände des ehemaligen Busbahnhofes seinen Sitz hat, wird nach Aussage des Ersten Beigeordneten der Stadt Eberswalde Lutz Landmann nicht in den Club Am Wald im Brandenburgischen Viertel umziehen. »Anderslautende Gerüchte«, so Landmann in der Stadtverordnetenversammlung am 25. März, »entsprechen nicht der Wahrheit. Der jetzige Standort ist gesichert.«

Neuer Flächennutzungsplan

Eberswalde (bbp). Im Mai 2009 gab die Stadtverwaltung im Ausschuß für Bau, Planung und Umwelt einen Zwischenbericht zur Überarbeitung des Flächennutzungsplanes (FNP) der Stadt Eberswalde. Seitdem werde am Plan des Vorentwurfs und der zugehörigen Begründung gearbeitet, sagte Udo Götze, amtierender Baudezernent, im März auf eine Anfrage der Stadtverordneten Karen Oehler. Die inzwischen vorliegenden Arbeitsentwürfe werden derzeit innerhalb der Verwaltung diskutiert. »Ein wichtiger Anlaß für die Neuaufstellung des FNP«, betonte der Baudezernent, »war und ist die Integration der Stadtumbaustrategie Eberswalde 2020 in den FNP«. Die Integration der Stadtumbaustrategie habe sich allerdings verzögert. Der Entwurf der Stadtumbaustrategie sei fristgerecht Anfang Dezember 2009 beim Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft (MIL) eingereicht worden. Anfang März teilte das MIL jedoch mit, daß »bezüglich der Stadtumbaustrategie noch ein erheblicher Abstimmungsbedarf besteht«. Ende März gab es dazu ein Gespräch zwischen MIL und Stadtverwaltung in Potsdam, in dessen Folge der Entwurf der Stadtumbaustrategie angepaßt werde. »Bis zum Ende dieses Klärungsprozesses«, so Götze, »wird die Erarbeitung des FNP zurückgestellt«. Aus heutiger Sicht könne im Juni 2010 der Vorentwurf des FNP in den zuständigen Ausschuß und in die StVV eingebracht werden. Die Beteiligung der Öffentlichkeit würde sich dann im Juli/August 2010 anschließen.

Ausländerheim in Nordend?

Eberswalde (bbp). Der Ortsvorsteher der Stadtbezirke Nordend, Leibnizviertel und Westend, Hans Pieper (DIE LINKE) fragte anläßlich der Fragestunde der Stadtverordnetenversammlung am 25. März, ob es der Wahrheit entspreche, daß auf dem privatisierten Teil des ehemaligen Geländes der Landeslinik der Landeslinik in Nordend ein Heim für ausländische Bürgerinnen und Bürger errichtet werden soll. Bürgermeister Friedhelm Boginski teilte mit, daß die Verwaltung »am heutigen Tage Kenntnis davon erhalten hat, daß die Eigentümer des Geländes sich angeboten haben, ein solches Heim zu errichten«. Eine Reaktion von Seiten des Landkreises sei nicht bekannt. In der Verwaltung werde zurzeit eine Prüfung in stadtplanerischer Hinsicht vorgenommen.

»Erlebnisachse« in der Planung

Eberswalde (bbp). Durch den Hauptausschuß wurde im Februar die Planung für die »Erlebnisachse Schwärzetal« vergeben. Aus der Sachverhaltsdarstellung geht hervor, daß die Fachhochschule Eberswalde und der Garten- und Landschaftsarchitekt Timm Empfehlungen zur Gestaltung der Wegebeziehung in die Diskussion einbrachten. Weiterhin lassen die Fragen von Anwohnern die Schlußfolgerung zu, daß bereits konkrete Vorstellungen zum Ausbau der Wegebeziehung zwischen Schwärzermündung in den Finowkanal und Zoo in einem internen Kreis diskutiert wurden.

Die Eberswalder Ortsvorsteherin und bündnisgrüne Stadtverordnete Karen Oehler wollte vom amtierenden Baudezernenten Udo Götze im Ausschuß für Bau, Planung und Umwelt wissen, wer bisher in die Bearbeitung des INSEK-Projektes einbezogen wurde. »Die INSEK-Projekte mit dem Einzelprojekt Erlebnisachse

Schwärzetal«, antwortete Götze, »wurden durch die StVV am 13.03.2008 beschlossen. Im Februar und im März 2009 erfolgte eine Vorstellung der Projekte vor den Stadtverordneten und der Öffentlichkeit. Das Projekt Erlebnisachse Schwärzetal wurde im Rahmen einer frühzeitigen Beteiligung im März 2009 im Amtsblatt der Stadt veröffentlicht. Im Jahr 2009 gab es mehrere Veranstaltungen mit anliegenden Institutionen und Behörden zur Ideenfindung dieses Projektes.«

Nach Beschluß des Hauptausschusses am 18. Februar, so Götze weiter, sei umgehend der Auftrag zur Planung an das Ingenieurbüro erteilt worden. Bereits Ende März sollten die Grundlagenermittlung und die Vorplanung der Maßnahme im Entwurf der Verwaltung vorliegen. »Danach sollen dann die Prüfung und die Diskussion zur Vorplanung innerhalb der Verwaltung stattfinden. Das Ergebnis soll dann dem ABPU (Mai/Juni 2010) vorgestellt werden.«

Ein Parkhaus in der Marienstraße?

Eberswalde (bbp). Am 29. April werden sich die Eberswalder Stadtverordneten mit der »Parkraumbewirtschaftung in der Innenstadt« befassen. Die Fraktion der CDU hat eine Beschlußvorlage eingereicht, nach der die Stadtverwaltung »einen möglichen Ausbau des Parkplatzes« an der Marienstraße »in städtischer Verantwortung prüft und die Fördermöglichkeiten dafür untersucht«.

Als Ziel schwebt der CDU-Fraktion vor, das Parken in mehreren Ebenen zu ermöglichen. Die Anzahl der Ebenen und Stellflächen solle sich aus den städtebaulichen Anforderungen und aus dem Bedarf ergeben. »Die Parkraumbewirtschaftung in der Innenstadt«, so die CDU, »hat sich bewährt«. Allerdings gebe es immer

wieder Anfragen von Einwohner, Besucher, in der Innenstadt Beschäftigten sowie Einzelhändlern, die sich eine Verbesserung der Parkraumsituation in der Innenstadt wünschen. Perspektivisch habe der Parkplatz an der Marienstraße die besten Voraussetzungen für eine Erhöhung der Anzahl der Stellplätze in der Innenstadt entsprechend verschiedenster Ansprüche bei relativ kurzen Wegeverbindungen. Die Fraktion nennt »Kurzzeit- und Langzeitparker, Anwohner usw. je nach Bewirtschaftungszielen«. Inwieweit ein Parkhaus oder ein Parkdeck mit ihrem relativ hohen Investitionsaufwand der bisherigen Gebührenfreiheit ohne zeitliche Beschränkung entgegensteht, wird seitens der CDU nicht thematisiert.

Kinderschutz-Nummer

Eberswalde (prest-bar). Zum 3. Mai richtet die Kreisverwaltung des Landkreises Barnim eine Kinderschutz-Nummer ein. Unter der Telefonnummer 03334 214-1700 können Menschen, die dem Jugendamt eine Kindeswohlgefährdung melden wollen, rund um die Uhr anrufen. »Damit ergänzen wir unser bisheriges System der Informationswege um eine konkrete Nummer, unter der jeder eine Kindeswohlgefährdung melden kann«, erklärt Silvia Ulonska, Sozial- und Umweltdezernentin des Landkreises Barnim. Die Nummer ist 24 Stunden lang geschaltet. Sie wird ergänzt durch einen Anrufbeantworter. »Es geht kein Anruf verloren und jeder Meldung wird nachgegangen«, versichert Silvia Ulonska. Kinderschutz lebe davon, daß alle Menschen die Augen offen halten und Sorgen und Ängste, die sie sich um Kinder machen, mitteilen. Alle anderen Anliegen rund um Kinder und Jugendliche nimmt das Jugendamt nach wie vor zu den Dienstzeiten unter den Nummern 03334 214-1294 und 214-1295 entgegen.

Stüber legt Mandat nieder

Eberswalde (bbp). Die Stadtverordnete der LINKEN Sabine Stüber, seit Herbst 2009 zugleich direkt gewählte Bundestagsabgeordnete im Wahlkreis Uckermark/Oberbarnim, wird zum 30. April ihr Mandat in der Stadtverordnetenversammlung niederlegen. Darüber informierte im März die Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung Dr. Ilona Pischel (DIE LINKE). Wegen ihres Umzugs nach Chorin muß Sabine Stüber gemäß Kommunalverfassung ihren Sitz in der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung aufgeben. Als Nachrückerin für Sabine Stüber wurde Hannelore Saupe angeschrieben, so Dr. Pischel. Aus gesundheitlichen Gründen nimmt Hannelore Saupe, sie war bereits von 1993 bis 2008 Stadtverordnete, das Mandat nicht an. Nächster auf der Nachrückerliste ist Torsten Duckert, seit knapp einem Monat Vorsitzender des Eberswalder Stadtverbandes der LINKEN. Als Sachkundiger Einwohner verfügt Torsten Duckert bereits über parlamentarische Erfahrungen.

Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit

Eberswalde (bbp). Die Einhaltung von Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit in der Stadt Eberswalde ist Anliegen der Fraktion DIE LINKE in der StVV Eberswalde. Für die StVV-Sitzung am 29.4. hat die Fraktion eine entsprechende Beschlussvorlage eingereicht. Die Stadtverwaltung soll die »die zeitlichen und örtlichen Schwerpunkte dieser Erscheinungen« analysieren und die Ursachen benennen, warum auf diesem Gebiet keine Fortschritte erreicht wurden. Im September sollen der StVV Maßnahmevorschläge zur Beratung und Abstimmung vorgelegt werden, die geeignet sind, Lösungen herbeizuführen. Als Beispiele werden in der Vorlage Erscheinungen genannt, wie

- Graffiti-Schmierereien an öffentlichen und privaten Gebäuden, Einrichtungen und Bushaltestellen,
- Hundekot und Glasscherben auf öffentlichen und privaten Wegen,

- Vandalismus gegen Einrichtungen des öffentlichen Nahverkehrs,
- Alkoholgenuß auf öffentlichen Plätzen und in Parkanlagen, insbesondere auch durch Kinder und Jugendliche,
- die Zunahme von Raubüberfällen und von Beschaffungskriminalität im Umfeld von Schulen,
- die wilde und nicht sorten- und zeitgerechte Entsorgung von Müll (Gelbe Säcke, Sperrmüll und Glascontainer),
- das übermäßig laute Abspielen von Musik in den O-Bussen, überwiegend von Kindern und Jugendlichen.

Diese Erscheinungen »prägen das öffentliche Bild in der Stadt negativ. Die Bürger der Stadt haben viele dieser Anliegen bereits in Einwohnerversammlungen vorgebracht. Erkennbare Fortschritte«, meint die Fraktion der LINKEN, »sind bisher ausgeblieben«.

Bürgerbildungszentrum kostet 5 Millionen



Eberswalde (bbp). Das geplante Bürgerbildungszentrum in der Eberswalder Puschkinstraße umfaßt Investitionen von rund 5 Millionen Euro, darunter 1 Million Euro Planungskosten. Aufgrund der hohen Investitionssumme, informierte der Erste Beigeordnete der Stadt Lutz Landmann am 25. März die Stadtverordneten, mußte ein europaweites Vergabeverfahren mit öffentlichem Teilnahmewettbewerb durchgeführt werden. Aufgrund der »fachlich wertvollen Hinweise« der Denkmalschutzbehörde, müssen Teile der vorliegenden Vorplanung überarbeitet werden. Leistungen wie Architektur, Verkehrsanlagen und Freiflächen umfassen vier Zehntel des Gesamtumfangs der Planungen. In die übrigen 60 Prozent des Gesamtplanungsumfangs gehen Teilbereiche wie Statik, Heizung etc. ein. Von 125 Planungsbüros wurden Bewerbungsunterlagen angefordert. Ende März lagen fünf Bewerbungen vor. Die Auswertungen werden im Mai 2010 erfolgen. Die Stadtverwaltung plant, Beschlussvorlagen zur Vergabe von Leistungen bis zur Leistungsphase 3 in die Stadtverordnetenversammlung im Juni 2010 einzubringen.

Vorschlag zur Stadtbildverbesserung

Eberswalde (bbp). Zur Verbesserung des Stadtbildes will die CDU-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung (StVV) die Flächen an den Ein- und Ausfahrten der Stadt Eberswalde verbessern. Einen entsprechenden Beschlussantrag hat die Fraktion in die StVV am 29. April eingebracht. Die Fachhochschule Eberswalde oder eine ähnliche Einrichtung solle

zeitnah mit der Erstellung einer Dokumenta-tion beauftragt werden, deren Aufgabenstellung durch den Ausschuß für Bau, Planung und Umwelt beraten werden soll. Dabei soll es nach Auffassung der CDU weniger um die Gestaltung von Freianlagen handeln, »sondern um Hinweise auf die Sehenswürdigkeiten der Stadt, ihre Einrichtungen und ihre Geschichte«.

Stasi-Thema in der StVV Eberswalde: »Fragwürdige Vorlage«

Uns liegt heute die Vorlage Nr. BV/337/2010 der Fraktionen SPD, CDU, FDP und BFB zur Diskussion und zur Abstimmung vor. Eine Vorlage die mir mehr als zwanzig Jahre nach der Wende sehr fragwürdig erscheint.

Es ist in der DDR vielen Menschen großes Unrecht durch hauptamtliche Mitarbeiter und inoffizielle Zuträger des MfS geschehen. Menschen wurden ausgehorcht, bespitzelt, konnten nicht studieren, waren Demütigungen ausgesetzt, wurden verschleppt und inhaftiert...

Nach der Wende wurde dann versucht, die Aktivitäten des MfS und deren Zuträger aufzudecken. Viel Entsetzliches kam seitdem ans Tageslicht aber bei weitem nicht alles. Ein Großteil der Akten und Unterlagen waren vernichtet und Mitarbeiter und Zuträger konnten sich an nichts mehr erinnern. Ich habe mir damals gewünscht, daß »enttamt« Mitarbeiter und Zuträger irgendwie zur Rechenschaft gezogen werden für das Leid, das sie anderen angetan haben. Die Kleinen wurden, wenn man ihrer habhaft wurde, an den Pranger gestellt. Sie haben vielleicht ihren Job verloren. Die Großen, die Schalck-Golodkowskis, denen hat man wenig anhaben können. Denen geht's gut.

Nun frage ich mich: Was möchten die Einreicher dieser Vorlage wohl damit bezwecken, die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde auf eine Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der DDR zu überprüfen? Übrigens, eine ehemalige DDR gab es nicht. Was passiert mit einem Stadtverordneten der jetzt »enttamt« wird? Passiert überhaupt irgendetwas?

In der vergangenen Legislaturperiode, einige werden sich erinnern, saß in der Stadtverordnetenversammlung ein ehemaliger Mitarbeiter der Staatssicherheit. Na und, werden einige denken, Schnee von gestern. Ja, Schnee von gestern, sage auch ich. Es war nur einmal öffentlich Thema in einer Stadtverordnetenversammlung, dann nur noch hinter vorgehaltener Hand. Warum kommt dieser Beschlussvorschlag achtzehn Monate nach der Kommunalwahl? Sind die Einreicher nach den neuerlichen Stasi-Meldungen aus dem Brandenburger Landtag zusammengezuckt nach dem Motto: Ups, haben wir da was vergessen? Na dann schnell nachreichen. Besser spät als nie.

Ich bin dafür, daß endlich alles auf den Tisch kommt was mit Stasi, Bespitzelung, Menschenverachtung zu tun hat. Ich bin nicht dafür, daß Buhmänner und -frauen gesucht und gefunden werden, auf die das Volk mit dem Finger zeigen kann. Es gibt genug Sorgen und Probleme zu lösen und es nützt wenig, alte Wut wieder hochzukochen. Ich werde an der Abstimmung dieser Vorlage nicht teilnehmen. Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.

JÜRGEN KUMM, fraktionsloser Abgeordneter
Rede auf der StVV-Sitzung am 25.03.2010
(nach der Niederschrift, Anlage 9)

KJP Eberswalde:

»Ehrenmitgliedschaft«

Eberswalde (bbp). Am 30. November 2009 informierte das Kinder- und Jugendparlament (KJP) – gemäß § 23 der Hauptsatzung der Stadt Eberswalde ein Beirat im Sinne des § 19 der Brandenburgischen Kommunalverfassung – mittels einer Pressemitteilung, daß im Rahmen einer Mitgliederversammlung des KJP am 25. November 2009 der Stadtverordnete Martin Hoeck, von 2006 bis 2009 Vorsitzender des KJP, » *einstimmig durch die anwesenden Mitglieder zum Ehrenmitglied des Kinder- und Jugendparlamentes (KJP) gewählt*« wurde. Eine Reaktion seitens des Bürgermeisters oder der Stadtverwaltung darauf ist nicht bekannt. Die Fraktion DIE LINKE in der StVV Eberswalde fragt daher: » *Auf welcher rechtlichen Grundlage fand die Wahl eines Ehrenmitgliedes des Kinder- und Jugendparlamentes statt? Haben auch die anderen Beiräte der Stadt Eberswalde die Möglichkeit, Ehrenmitglieder zu wählen? Nach welchen Kriterien werden Kandidaten für Ehrenmitgliedschaften ausgesucht?«* Neben einer mündlichen Auskunft im Rahmen der StVV-Sitzung am 29. April erwartet die Fraktion auch eine schriftliche Antwort.

Transparenz des Zoobeirates

Eberswalde (bbp). Auch dank des persönlichen Einsatzes von Bürgermeister Friedhelm Boginski habe die Stadtverordnetenversammlung beschlossen, daß der Zoobeirat öffentlich tagt und nicht, wie ursprünglich vorgesehen, hinter verschlossenen Türen. Dennoch registrierte der Stadtverordnete Carsten Zinn (DIE LINKE) in den vergangenen Monaten wiederholt, daß in den lokalen Medien erst im Nachhinein über bereits stattgefundene Sitzungen des Zoobeirates informiert wurde. Zur StVV-Sitzung am 29. April fragte Carsten Zinn den Bürgermeister daher, in welcher Form die Öffentlichkeit über die Termine und die Tagesordnung der Sitzungen des Zoobeirates informiert wird. » *Welche Möglichkeiten sehen Sie*«, so Carsten Zinn weiter, » *die Sitzungstermine und Tagesordnungen rechtzeitig den lokalen und regionalen Medien bekannt zu machen?*« Er schlägt vor, die Möglichkeiten der städtischen Pressestelle dafür zu nutzen. Desweiteren fragt Zinn, welche Möglichkeiten der Bürgermeister sehe, » *den Sitzungsbeginn so zu gestalten, daß auch berufstätige Bürgerinnen und Bürger daran teilnehmen können*«.

Kleine Galerie Eberswalde

Grafikerin Anke am Berg aus Panketal

Eberswalde (prest-ew). Seit Mitte April zeigt in einer neuen Ausstellung in der Kleinen Galerie im SparkassenForum die Grafikerin Anke am Berg aus Panketal Illustrationen und Grafiken. Die Ausstellung wird noch bis 17. Juni 2010 im Haus der Sparkasse Barnim an der Michaelisstraße zu sehen sein.

Erster Schwerpunktspaziergang

Vom Eise befreit ist das Brandenburgische Viertel, im Ortsteil herrscht Hoffnungs-glück... Ganz in diesem Sinne gab noch im März die Verwaltungsspitze des Eberswalder Rathauses unter Federführung von Stadtoberhaupt Friedhelm Boginski den offiziellen Startschuß der Schwerpunktspaziergänge in den Eberswalder Ortsteilen zur Vorbereitung und Durchführung der diesjährigen Einwohnerversammlungen.

Für den Bereich des Skate- und Bikerparkes und des Club am Wald zwischen Senftenberger und Lausitzer Straße im Brandenburgischen Viertel gilt es seitens der Stadtverwaltung nach sinnvollen Lösungen zu suchen. Große Hoffnung wird in die am 22. April stattfindende Mitgliederversammlung des im Club am Wald ansässigen Vereins »Young Rebels« gesetzt. Dieser Verein will die Skate- und BikerInnen integrieren. Diese sollen dann in einem verjüngten Vereinsvorstand die Geschicke maßgeblich mitbestimmen.

Am 5. Mai, um 18 Uhr, soll schließlich die längst überfällige Gesprächsrunde zwischen den NutzerInnen des Skate- und Bikerparkes und den unmittelbaren AnwohnerInnen stattfinden. Ziel muß es sein, in der Freiluftsaison 2010 endlich zu einem gedeihlichen und streßfreien Miteinander zu kommen.

Weitere Stationen des Schwerpunkttrundgangs waren der Potsdamer Platz – hier wurde der aktuelle Zustand von Ordnung und Sauberkeit begutachtet – und das Vereinshaus in der Havellandstraße 15 (ehemalige Kita »Spatzennest«). Im Vereinshaus durften sich die MitarbeiterInnen des Geschichtswissenschaftlichen Institutes sowie der Kleiderkammer über kurze Gesprächsrunden mit dem Bürgermeister und den Fachdezernenten erfreuen.

An dieser Stelle sei Natalja Hoffmann erwähnt, die mit hoher Professionalität die Nähwerkstatt in der Kleiderkammer betreibt und mittlerweile über einen großen Kundenstamm verfügt. Wichtig ist, die Kleiderkammer am 1.1. 2011 in sicheres Fahrwasser – sprich: in eine stabile Trägerstruktur zu überführen. Die bisher genutzten Förderprogramme greifen dann nicht mehr. Hier stehen die Beteiligten, die Evangelische Kirchengemeinde Finow, der Förderverein der Kleiderkammer und das Quartiermanagement »Soziale Stadt« in den nächsten Monaten vor einer schwierigen Aufgabe, die aber gemeinsam gelöst werden kann.

Das Einkaufszentrum »Heidewald«, insbesondere die mehr als unbefriedigende Situation beim Lebensmitteldiscounter Netto, standen ebenfalls im Visier der Verwaltungsspitze. Gespräche mit KundInnen während der Vor-Ort-Visite bestätigten erneut, daß es »Fünf vor Zwölf« ist und sehnsüchtig einer positiven Entscheidung der zuständigen Netto-Geschäftsführung im Mecklenburgischen Stavenhagen entgegengesehen wird.

Das Finale des Rundganges fand in der Sporthalle des im Stadtteil ansässigen Sportvereines Medizin statt. Sportstättenverwalter Jan Toron ließ es sich nicht nehmen, die Verwaltungsspitze über die aktuellen Umbaumaßnahmen zu informieren. An dieser Stelle gilt



Ortteilbegehung im Brandenburgischen Viertel mit Ortsvorsteher Carsten Zinn, dem amt. Baudezernenten Udo Götze, Bürgermeister Friedhelm Boginski, dem 1. Beigeordneten Lutz Landmann und Robby Segebarth.

Karla Kruse der »Mutter der Kompanie« beim SV Medizin, aber auch stellvertretend für viele Vereinsmitglieder, die jeden Tag in die Hand »spucken«, um die Umbauarbeiten zügig durchzuführen, den Sportfreunden Mario Kuhn, Ralf Hensch und Dieter Pannwitz ein ganz herzliches Dankeschön für ihr vorbildhaftes ehrenamtliches Engagement. Der 1. Beigeordnete Lutz Landmann wird gemeinsam mit der städtischen Amtsleiterin für Jugend, Bildung und Sport Kerstin Ladewig zeitnah ein Gespräch mit Jan Toron führen, um nach Lösungswegen zu suchen, die noch dringend benötigten 30.000 Euro für die Kofinanzierung der Fördermittel des Sporthallenumbaus »aufzutreiben«.

Wie in der gesamten Stadt, gibt es auch im Brandenburgischen Viertel viel Kritik am Hundedreck auf den Grünflächen, Gehwegen, Straßen und Plätzen. Man war sich einig, künftig jenen HundehalterInnen stärker den Kampf anzusagen, die nicht freiwillig bereit sind, die kotigen »Hinterlassenschaften« ihrer Lieblinge zu entsorgen. Polizei und Ordnungsdienst werden gemeinsam im Kiez stärker präsent sein als bisher. Dort, wo es notwendig ist, werden unbelehrbare HundehalterInnen im wahrsten Sinne des Wortes »gebührende« Aufmerksamkeit genießen. Die Schattenseiten mit herumliegenden Müll nach »Sauforgien« oder nach der Sperrmüllentsorgung, den umfangreichen Graffiti-schmierereien oder auch dem großen Wohnungsleerstand wurden von der Verwaltungsspitze mit teilweisem Unverständnis und mit Besorgnis zur Kenntnis genommen.

Insgesamt jedoch, so das Fazit des Bürgermeisters, mache das Brandenburgische Viertel einen aufgeräumten und gedeihlichen Eindruck.

CARSTEN ZINN

Nach dem Netzverkauf

Nichts Neues von der »Uckermarkleitung«, aber viel Wind vom Managing Director der 50 Hertz Transmission GmbH.

Der Energieriese Vattenfall hat seine Tochtergesellschaft Vattenfall Europe Transmission (VET), die das ostdeutsche Netz betreibt und die »Uckermarkleitung« plant, in 50 Hertz Transmission GmbH umbenannt und an ein Finanzkonsortium aus einem belgischen Netzbetreiber und einer australischen Investmentgesellschaft verkauft. Laut Pressemeldungen zahlten die Käufer für das Netz 500 Mio Euro und übernahmen auch die Schulden von VET in Höhe von 300 Mio Euro.

Damit hat sich nach E.ON der zweite Energieriese von seinem Netz getrennt und einer Auflage der EU entsprochen, denn Stromerzeuger und Netzbetreiber sollten nicht identisch sein, um auch anderen Stromanbietern den Zugang zum Netz zu ermöglichen. Wir werden sehen, was dieser Transfer die Stromkunden noch kosten wird.

Die Erwerber versicherten sogleich, daß sich an der Investitionsplanung nichts ändern werde, kurz daß die geplanten (und äußerst umstrittenen) Höchstspannungstrassen in Brandenburg (»Uckermarkleitung«) und in Thüringen (»Rennsteigleitung«) gebaut würden.

Dies war auch der Tenor der Ausführungen des Managing Directors von 50 Hertz Transmission, W. Neldner, bei einem Gespräch mit den trassenkritischen Landtagsabgeordneten Margitta Mächtig (die Linke), Michael Luthardt (die Linke) und Axel Vogel (Grüne) am 17.3.2010, an dem auch der Mitarbeiter von Gregor Beyer (FDP) Andreas Reichling teilgenommen hat. Neldner fuhr gleich schwerstes Geschütz auf, indem er sich bei der Planung der »Uckermarkleitung« auf eine europäische Richtlinie und den Vertrag von Lissabon berief und die Planung nicht als Projekt der 50 Hertz Transmission GmbH sondern der EU darstellte, das nicht verzögert werden dürfe, wenn die BRD nicht ein Vertragsverletzungsverfahren riskieren möchte. Eine dreiste Verfälschung der Tatsachen.

Auf den Hinweis der Abgeordneten, daß viele Städte und Gemeinden und auch unmittelbar betroffenen Bürger und Unternehmen sich gegen die Realisierung der »Uckermarkleitung« ausgesprochen haben, reagierte er nur mit dem Hinweis, daß es aufgrund der EU-Beschlüsse und des bundesdeutschen Rechts keine Möglichkeit gebe, dieses Vorhaben auf juristischem Weg zu verhindern. Der Mann pokerte hoch.

Mit Blick auf das noch nicht eröffnete Planfeststellungsverfahren – es könnte ja zum Ergebnis haben, daß die Querung des Biosphärenreservats und der Stadt Eberswalde nicht genehmigungsfähig ist – zeigte er sich von der kompromißbereiten Seite: da bot er Kurzstielmasten an, um das Landschaftsbild im Biosphärenreservat zu schonen, verwies im Bereich Eberswalde auf die Möglichkeit der Zusammenlegung von 110-kV-Freileitung und

380-kV-Freileitung und auf die Bereitschaft, die Leitung auch etwas weiträumiger um Ortschaften herumzuführen. Also die übliche Trassenkosmetik, die wir schon von den Auftritten des alten Vattenfall-Teams in Bürgerversammlungen und bei der Stadtverordnetenversammlung kennen.

In Sachen Erdverkabelung z.B. bei der Querung Eberswalde zeigte er sich wieder zugeknöpft. Der neue Netzbetreiber arbeitet mit dem alten Personal und da ist es nicht verwunderlich, daß es kein neues Denken gibt. Neldner hielt auch daran fest, das die »Uckermarkleitung« dem Abtransport der Windenergie aus der Uckermark diene und verstieg sich im Gespräch dazu, zu erklären, daß sie nicht für Kohle- oder Atomstrom aus Polen geplant sei. Nordwestpolen habe auch keinen Bedarf an höheren Strommengen, gleichwohl diene die Leitung aber der Herstellung eines Anschlusses nach Polen. Schließlich erklärte er, daß nach Realisierung der 380-kV-Freileitung von Bertikow nach Neuenhagen die bestehende 220-kV-Freileitung durch das Biosphärenreservat (12 km) zurückgebaut werde. Daß dies im Genehmigungsverfahren als Ausgleichsmaßnahme für die Eingriffe in die Umwelt »verkauft« werden soll, verschwieg er geflissentlich.

Also viel Wind und nichts Neues von Seiten der Netzbetreiber.

Zur besseren Einordnung von Neldners Position muß aber doch auf einige Tatsachen hingewiesen werden. Die europäische Richtlinie (TEN-E-Leitlinien), auf die sich Neldner beruft, bindet die Realisierung der Höchstspannungsprojekte an drei Bedingungen: Die geplanten Leitungen müssen notwendig, wirtschaftlich vertretbar und umweltverträglich sein. Sowohl Vattenfall als auch der neue Netzbetreiber sind hier die Nachweise schuldig geblieben. An die Stelle eines Nachweises tritt immer nur die Behauptung.

Prof. Lorenz Jarass hat am Beispiel der »Rennsteigleitung« in einem ausführlichen Gutachten gezeigt, daß diese 380-kV-Freileitung nicht notwendig und gerade wegen der Überdimensionierung auch nicht wirtschaftlich vertretbar ist. Anstelle des Neubaus einer 380-kV-Freileitung empfiehlt er die Ertüchtigung der bestehenden 220-kV-Freileitung durch Hochtemperaturseile und ein intelligentes Leitungsmonitoring. Dadurch könnte eine Kapazitätssteigerung der bestehenden Leitung um 100 % ermöglicht werden, die allerdings nur Kosten in Höhe von 60 % eines Neubaus erfordere.

Prof. Jarass wird im Zuge des Planfeststellungsverfahrens, wenn alle Fakten auf dem Tisch liegen, auch für die »Uckermarkleitung« den Nachweis erbringen, daß die geplante Kapazitätssteigerung auf das 4,5-fache nicht notwendig und somit auch nicht wirtschaftlich vertretbar ist, von der mangelnden Umwelt-

verträglichkeit ganz zu schweigen. Und mit Blick auf EnLAG sei nur an ein Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes erinnert, das zu dem Ergebnis kommt, daß der Bund nicht das Recht hat, in die Kompetenzen der Länder zur Regelung von Teilverkabelungen einzugreifen. Wenn Potsdam rasch reagiert und es zu weiteren erheblichen Verzögerungen mit der Eröffnung des Planfeststellungsverfahrens kommt, könnten sich die neuen Eigentümer plötzlich mit einem brandenburgischen Erdkabelgesetz konfrontiert sehen, das sie zwingt, bei der Querung von Eberswalde und des Biosphärenreservats neu zu planen.

Die Eröffnung des Planfeststellungsverfahrens, die schon mehrfach verschoben werden mußte, ist für Mai avisiert, aber doch sehr ungewiß. Es stellt sich nämlich die Frage, welche Auswirkungen der Wechsel des Netzeigentümers für das Planfeststellungsverfahren hat. Einen automatischen Übergang der Antragsstellung gibt es nicht. Da heißt es möglicherweise für den Netzbetreiber »zurück zum Anfang« und das Spiel beginnt von vorn.

HARTMUT LINDNER

Fahrradtour

Der »Uckermarkleitung« auf der Spur

Angermünde/Chorin (bbp). Die Naturfreunde Oberbarnim-Oderland/»Die Wanderfalken« e.V. laden für den 16. Mai zu einer Erkundung der geplanten 380-kV-Trasse mit dem Fahrrad ein. Vom Bahnhofsvorplatz Angermünde geht es durch die herrlichen Dörfer Schmaragdendorf, Kleinziethen, Serwest und Senftenhütte. Hier ist eine Kaffeepause eingeplant. Anschließend geht die Tour weiter nach Chorin. Streckenlänge etwa 25 km, z.T. Pflasterstraßen und Feldwege, so daß mit rund zweieinhalb Stunden Fahrzeit zu rechnen ist. Zehn Kilometer sind gut ausgebaute Radwege. Die Strecke orientiert sich am Verlauf der einst von Vattenfall, jetzt von der 50 Hertz Transmission GmbH geplanten 380-kV-Freileitung durch das Biosphärenreservat Schorfheide/Chorin, so daß jeder einen Eindruck von dem geplanten Eingriff in die Landschaft des Endmoränenbogens gewinnen kann. Sie ist die 2. Etappe des Projekts »Mit dem Fahrrad Vattenfall auf die Spur kommen«. Es geht mit dem Zug um 17.15 oder 18.15 Uhr zurück nach Angermünde oder um 17.45 nach Eberswalde/Berlin.

Tourleiter ist Hartmut Lindner. Die Organisationsgebühr beträgt 3 Euro, Kinder 1 Euro, Naturfreunde 0,50 Euro. Um Anmeldung bei Bernd Müller, Tel.: 03344/333200, wird gebeten. Treff: 13.45 Bahnhofsvorplatz Angermünde.

Europäisches Jahr 2010

Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung

Eberswalde (bbp). Die Europäische Kommission hat das »Europäische Jahr 2010« (EJ 2010) ausgerufen, »zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung«. Die Ziele des EJ 2010 sind, das öffentliche Bewußtsein für die Risiken von Armut und sozialer Ausgrenzung zu stärken und die Wahrnehmung für ihre vielfältigen Ursachen und Auswirkungen zu schärfen. »Mit dem EJ 2010, mit dessen Durchführung in Deutschland das Bundesministerium für Arbeit und Soziales beauftragt wurde, sollen drei große Themenfelder sichtbar werden: Jedes Kind ist wichtig – Entwicklungschancen verbessern! Wo ist der Einstieg? – Mit Arbeit Hilfebedürftigkeit überwinden! Integration statt Ausgrenzung – Selbstbestimmte Teilhabe für alle Menschen!

Öffentlichkeit und Politik sollen mit dem EJ 2010 auf verschiedenen Ebenen für mehr Engagement gewonnen werden. Die Arbeit der Wohlfahrtsverbände, der unabhängigen Betroffenenverbände und die Initiativen freier Träger sollen Anerkennung und nachhaltige Stärkung erfahren. Zusätzlich werden Unternehmen ermutigt, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen und sich freiwillig gesellschaftlich zu engagieren. Es soll deutlich werden, was jeder Einzelne und die Gesellschaft insgesamt gewinnen, wenn soziale Ausgrenzung und Armutsrisiken verringert werden.« (www.mit-neuem-mut.de)

Der Stadtverordnete der LINKEN Carsten Zinn stellte zur StVV-Sitzung am 29. April zu diesem Thema zwei Fragen an den Eberswalder Bürgermeister Friedhelm Boginski:

»Mit welchen eigenständigen Beiträgen wird sich die Stadt Eberswalde am EJ 2010 beteiligen? Welche gemeinsamen Aktionen zum EJ 2010 sind mit dem Landkreis Barnim und den lokalen und regionalen AkteurInnen der Sozial- und Wohlfahrtsverbände, Kirchen, Gewerkschaften, Vereinen etc. geplant?«

Abgeordnetensprechstunde

Am 23. April führt der Landtagsabgeordnete Ralf Christoffers ab 17 Uhr seine erste öffentliche Bürgersprechstunde in seinem neuen Wahlkreisbüro in Panketal, OT Zepernick, Alt Zepernick 19, durch. Alle interessierten Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen.

Anschließend, ab 18 Uhr, nimmt Ralf Christoffers, der auch Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten in Brandenburg ist, am 14. Panketaler Gespräch im Schulungsraum der Freiwilligen Feuerwehr Zepernick, Neckarstraße 22, teil. Thema dieser öffentlichen Diskussionsveranstaltung: »Perspektiven der wirtschaftlichen Entwicklung im Land Brandenburg«. Dabei wird es u. a. auch um die Energiepolitik der Brandenburger Koalitionsregierung sowie um das in Vorbereitung befindliche Vergabegesetz für öffentliche Ausschreibungen gehen.

WOLFGANG KRAFFCZYK

Die Bürgerstiftung im Jahr 2009

Eberswalde (bbp). »Kräfte bündeln, Verbündete suchen, gemeinsame Sache machen, Kooperationen anstiften«, das sind verschiedene Bezeichnungen für eine simple Idee: Dinge nicht alleine, sondern gemeinsam tun. So beschreibt Vorstandsvorsitzende Prof. Dr. Viktoria Enzenhofer die Funktionsweise der Bürgerstiftung Barnim Uckermark. In den vergangenen Jahren sei um die Bürgerstiftung herum ein »wunderbares Netz von ehrenamtlich Aktiven, von Spendern und Sponsoren, von Kooperationspartnern in Vereinen, Stiftungen und in der Verwaltung gewachsen«.

Am 30. April wird die Stiffterversammlung im Saal des Kreishauses am Eberswalder Marktplatz den Tätigkeitsbericht des Vorstandes für das Jahr 2009 hören und diskutieren sowie über die Vorhaben und Perspektiven 2010 beraten. Einen Schwerpunkt bilden die Berichte und Erfahrungen aus zwei Jahren des Bundesmodellprojekts »Kinderrechte in der Kommune«. Abschließend sehen sich die Stifter gemeinsam einen Kurzfilm der Initiative Bürgerstiftungen über Bürger- und Gemeinschaftsstiftungen in Ostdeutschland an.

Projekte der Stiftung sind die »Initiative Lesenzauber«, »Kinderrechte in Eberswalde« und »Kinderrechtskekse aus Eberswalde«, die »KinderUni Barnim Uckermark«, die »Freiwilligenagentur Eberswalde«, »Eberswalder Gesprächskreis« und »Haltung zeigen«.

Aus den Zinseinnahmen des angelegten Stiftungsvermögens wurden im Jahr 2009 im Rahmen des »Kinder- und Jugendfonds« 2.350 Euro für acht Projektanträge bewilligt. Vier Projektanträge wurden nicht berücksichtigt.

Das Stiftungsvermögen ist im Jahr 2009 durch Zustiftungen von 10 Personen, darunter 6 Neustifter, um 7.151 Euro angewachsen (2009: 4.100 Euro) und beträgt nunmehr 70.161 Euro. Davon sind 57.975,13 Euro seit 2007 mit 4,5 % Zinsen in einem zehnjährigen Sparkassenkapitalbrief der Sparkasse Barnim angelegt. Die Erträge aus dem Stiftungsvermögen

beliefen sich auf 2.608,92 Euro. Darüber hinaus flossen der Stiftung 11.542,11 Euro Spenden und Sponsoringleistungen sowie Förderbeiträge in Höhe von 12.650 Euro zu. Durch zugewiesene Bußgeldauflagen, dem Erlös aus dem Verkauf von Stifterkerzen und einem Benefizkonzert im November 2009 konnte die Bürgerstiftung zusätzliche Einnahmen in Höhe von circa 700 Euro erzielen. Zu diesen eigenen Einnahmen von rund 27.500 Euro kamen mehr als 56.000 Euro öffentliche Mittel aus Projektförderungen vom Land, dem Landkreis, der Stadt Eberswalde und dem Europäischen Sozialfonds sowie durch eine Projektkooperation mit der Amadeu Antonio Stiftung aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Zudem darf die Stiftung seit April 2007 Räumlichkeiten der Sparkasse Barnim miet- und betriebskostenfrei als Büro nutzen.

Diese Einnahmen ermöglichten es der Bürgerstiftung, im Jahr 2009 insgesamt 83.720 Euro auszugeben für die eigene Projektarbeit, die Förderung anderer gemeinnütziger Vereine und Bildungseinrichtungen, die mildtätige Unterstützung durch den Flüchtlingsfonds sowie für allgemeine Aufwendungen. Die größten Ausgabeposten sind mit 30.622 Euro das Kinderrechtsprojekt und mit 23.423 Euro die Freiwilligenagentur Eberswalde. Mit 13.058 Euro drittgrößter Posten sind die »allgemeinen Aufwendungen«. Darunter fallen u.a. Kosten für den Geschäftsführer (ca. 5.600 Euro), die Geschäftsstelle (ca. 1.800 Euro) sowie für Buchführung und den Jahresabschluss (2.350 Euro).

In der Geschäftsstelle der Bürgerstiftung arbeiten drei hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Helga Thomé ist Projektleiterin des Kinderrechtsprojektes, Katja Schmidt leitet die Freiwilligenagentur Eberswalde. Beide Stellen sind Teilzeitstellen und werden durch öffentliche Förderungen finanziert. André Koch ist im Rahmen einer geringfügigen Beschäftigung als Geschäftsführer angestellt.

Ministerbesuch beim »Rockmobil Barnim«

Seit zwölf Jahren tourt die Mobile Jugendförderung Brandenburg e.V. mit seinem »Rockmobil Barnim« durch den Landkreis. Ihr Angebot rund um Musik für Leute zwischen 6 und 27 Jahren haben die musikbegeisterten Vereinsmitglieder stetig ausgebaut. Es reicht mittlerweile vom Anfängerworkshop für Kids über Hiphopkurse bis hin zum Tanz. Seit 2002 residiert der Verein zum Teil im Schloß in Lichterfelde in der Gemeinde Schorfheide. Die Musiker und Pädagogen führten Bildungsminister Holger Rupperecht während seines Besuches am 29. März durch die Proberäume und stellten ihm das eingerichtete Tonstudio vor. Grundlage des Erfolgs des »Rockmobils« ist ein alter Bus, in dem die Vereinsmitglieder mit ihrem Equipment zu Schulen und Jugendklubs

unterwegs sind. »Der macht es nicht mehr lange«, bedauerten Jörg Bauer vom Vorstand des Vereins und Sozialpädagoge Mario Reiff. Die Kreisverwaltung schlägt 17.000 Euro im Haushalt 2010 für die Anschaffung eines neuen Wagens dem Jugendhilfeausschuß vor, der gegen andere Vorhaben abwägen muß. Das Geld soll aus dem Investitionstopf für die Kita- und Jugendförderung kommen. Zur Finanzierung seiner Unkosten unterstützt der Landkreis den Verein mit 50.800 Euro im Jahr. Das Konzept des »Rockmobils« und der verschiedenen anderen Angebote überzeugte auch den Minister. »Ich weiß noch nicht, wieviel es sein wird, aber ich würde gern etwas für Sie tun«, kündigte Holger Rupperecht eine kleine finanzielle Unterstützung an.

MARIANNE SCHLESTEIN

Der unsterbliche Geheimdienst

Die DDR ist verblichen, aber ihr Geheimdienst ist unsterblich. Vor zwanzig Jahren wurden die Geheimdienste der DDR aufgelöst. Am 17. Februar 2010 beschloß der Kreistag Barnim eine erneute Überprüfung aller Abgeordneten sowie der Bediensteten der Kreisverwaltung. Der Antrag wurde vom SPD-Abgeordneten Uwe Voß (Panke) begründet und von CDU, FDP und Teilen der Linken unterstützt. Damit schloß sich der Kreistag einer ursprünglich von der CDU betriebenen Kampagne an.

Seit sich – auch dank rot-grüner Politik – ein 5-Parteien-System in der BRD fest etabliert hat, ist die Ex-Volkspartei SPD in der Bredouille. Gegenüber CDU/CSU wäre sie nur noch Juniorpartner, Rot-Grün ist allein aber nicht mehr mehrheitsfähig. Eine Dreierkoalition Mitte-Links ist als Zukunftsoption ein für alle Partner derzeit riskantes Experiment. Aus Sicht der SPD sind Koalitionen mit der Linken zunächst auf Länderebene zu erproben. Als geeigneter Testpartner bot sich für Platzeck die sanfte und regierungswillige Brandenburger Linke an. Die CDU, im Land zwar nicht mehrheitsfähig, aber Abonnet auf Regierungssessel, sah sich plötzlich vor die Tür gesetzt.

Der Formierung linkslastiger Alternativen will die CDU auf Bundes- und Länderebene entgegenwirken. Also versuchte die märkische CDU 2009 einen Wahlkampf im Zeichen antiquierter IM-Jagd aufzuziehen. Die nötigen Akten fanden sich – ganz zufällig – bei der Birthler-Behörde. Der Erfolg bei den Wählern blieb allerdings aus. Sie lassen sich wohl durch Stasi-Hysterie nicht mehr wirksam manipulieren. Die neue Potsdamer Koalition geriet allerdings ins Stolpern und die LINKE ging förmlich in die Knie, statt sich offensiv zur Wehr zu setzen. Wie der Versuch zeigte, die designierte Kovorsitzende der Linken Gesine Löttsch über Familienangehörige zu diffamieren, nützt der Linken die zerknirschte Reaktion auf die IM-Kampagne überhaupt nichts.

*Ist dies schon Tollheit,
hat es doch Methode.*

Hamlet, 2. Akt.

Weshalb sprang aber die Barnimer SPD auf diesen Zug auf? Die mittlere Funktionsebene hat alle Dummheiten von Hartz IV bis Afghanistan gehorsam mitgemacht und war im hiesigen Kreistag jahrelang mit der CDU verbandelt. Sie konnte und wollte Platzecks Schwenk nicht mitmachen. Zur offenen Rebellion reichte es aber auch nicht. Aber die neue Regierungskonstellation sabotieren und alte Ressentiments ausleben – das war einen Versuch wert. Dafür nahm man selbst die Lächerlichkeit einer Agentenjagd nach zwanzig Jahren in Kauf.

Ich erinnerte mich: Vertreter von Bürgerbewegungen forderten 1990 nicht nur die Auflösung des MfS, sondern aller Geheimdienste, also auch der Dienste der Bundesrepublik. Weshalb interessieren sich Kreistagsabgeordnete heute also mehr für einen vor zwanzig Jahren aufgelösten Dienst als für die noch tätigen? Etwa, weil die bestehenden, angeblich

»demokratisch legitimiert und kontrolliert«, keine Gefahr für die Rechtsordnung darstellen? Das wissen alle Beteiligten besser.

Zwei Tage nach dem Kreistagsbeschuß berichtete RBB-Inforadio, die Polizei von Dubai mache den israelischen Geheimdienst MOSAD – offenbar mit guten Gründen – für den Mord an einem militanten Gegner Israels verantwortlich, ausgeführt durch eine Gruppe von 11 Leuten mit Pässen mehrerer EU-Staaten, darunter einem deutschen. Auch die Inlandsaktivitäten westlicher Geheimdienste sind eher zweifelhafter Natur. Durch zwischenzeitliche Offenlegung der Akten ist unbestreitbar bewiesen, daß eine große Anzahl unbescholtener US-Bürger, darunter viele sehr prominente, jahrelang durch FBI und CIA bespitzelt wurden. Im Zeichen des Kriegs gegen den Terror weitet sich die Beobachtungspraxis in allen NATO-Ländern immer mehr aus. Man erinnere sich ferner an die illegalen Flüge mit Gefangenen zu Geheimgefängnissen unter Benutzung deutscher Flugplätze und deutschen Luftraums und an die Affären in Albanien und Afghanistan, in die auch deutsche Dienste verwickelt waren. Keine wurde wirklich aufgeklärt. Die genannten Geheimdienste sind auch bei uns mit ihren Agenturen tätig, und die deutschen Dienste kündigen die Zusammenarbeit mit diesen »Partnern« keineswegs auf.

Weitere Fakten: Belgische Untersuchungen belegen, daß der belgische Geheimdienst und die CIA in den Mord an Kongos Ministerpräsident Lumumba verwickelt waren. Hochrangige Beteiligte haben zugegeben, daß die CIA führend an Vorbereitung und Durchführung des Putsches gegen Präsident Allende in Chile beteiligt war, ebenso an der »Operation Condor«, bei der Oppositionelle in mehreren Ländern Südamerikas gefoltert, ermordet und beseitigt wurden. Die italienische Justiz fahndet in einem Fall von Entführung und Folterung nach mehreren US-Geheimagenten usw.

Es ist daher geradezu absurd, sich für einen 1990 aufgelösten Geheimdienst mehr zu interessieren als für die Gefahren, die von den Praktiken heutiger Geheimdienste für die demokratische Rechtsordnung ausgehen. Den Kreistagsabgeordneten fiel aber nicht einmal ein, von allen Adressaten ihrer Recherche die schriftliche Versicherung zu fordern, daß sie heutigen Geheim- und Überwachungsdiensten keine aktive Hilfe leisten. Ihr Engagement in dieser Sache ist offensichtlich nicht durch moralische Entrüstung, sondern durch den Versuch veranlaßt, die Öffentlichkeit zugunsten von Parteiinteressen zu manipulieren.

ROLF RICHTER

Tag der Sortenvielfalt

1. Eberswalder Pflanzenmarkt

Der 1. Eberswalder Pflanzenmarkt im Forstbotanischen Garten der Hochschule für nachhaltige Entwicklung (FH) findet am Sonntag, 9. Mai, von 10 bis 16 Uhr statt.

Der Verein zur Erhaltung und Rekultivierung von Nutzpflanzen in Brandenburg e. V. (VERN) aus Greiffenberg bietet Jungpflanzen zum Verkauf an. Darunter schwarze, goldgelbe, rote, grüne oder gestreifte Tomaten mit wunderbarem Aroma. Dabei auch der Elefantenrüssel, eine Paprikasorte, die zu »Tränen rührt«.

Die Bäckerei Dellinger kommt mit Champagnerroggenbrot aus dem Holzbackofen. Die Baumschule Fischer bietet Informationen zu alten Obstsorten, der Bezirksverband der Kleingärtner Eberswalde und Umgebung e. V. hält wertvolle Informationen und Tips rund um das Thema Garten bereit. Leckere Säfte aus alten Obstsorten und regionaler Honig werden angeboten. Ein Bauer aus Pehlitz bei Brodowin bietet neben Produkten von alten Rinderrassen ein breitgefächertes Saatgutsortiment.



Über alte Tomatensorten informiert der Verein zur Erhaltung und Rekultivierung von Nutzpflanzen in Brandenburg e. V. (VERN) aus Greiffenberg.

Um 11 Uhr, 13 Uhr und 15 Uhr berät ein Professor der Studienrichtung »Ökolandbau und Vermarktung« bei Führungen über Flächen im Versuchsgarten, die teilweise mit alten Sorten bewirtschaftet werden, über den Anbau von alten Kulturpflanzen.

Kulinarisch geht es bei uns indisch-vegetarisch zu. Zum Muttertag erhalten alle Mütter außerdem eine Überraschung, während für die kleinen Besucher mit Spielgeräten, einer Strohhüpfburg sowie einem Bastel- und Zeichenstand gesorgt wird.

Veranstaltungsort: Am Zainhammer 5, 16225 Eberswalde, Verwaltungsgelände des Forstbotanischen Gartens. Nahe der Bundesstraße 2 aus Richtung Bernau kommend. Buslinie 865 ab Hauptbahnhof Eberswalde (Haltestelle Waldsolarheim).

CHRISTIAN GOHLKE 9

Kurt und Erna Kretschmann – Nestoren des Natur- und Umweltschutzes (Teil 1)

Viel bewegt, ohne sich zu verbiegen

von Rudolf Behm

Naturzerstörung und Umweltbelastung haben erschreckende Ausmaße erreicht. Mit seiner Geldgier und dem Machtstreben kann der Mensch heute in Jahrzehnten das zerstören, was auf unserem Planeten in erdgeschichtlichen Zeiträumen entstanden ist. Die Folgen sind unabsehbar und stellen das Überleben der Menschheit durchaus in Frage. In dieser Situation bedarf es Persönlichkeiten, die mit Erfahrung, Mut, Beharrlichkeit und Diplomatie gegensteuern, sowie Mitstreitern Hoffnungsträger und Vorbild sind. Auf globaler wie auf lokaler Ebene.

Weltweit hat Prof. Dr. Michael Succow, »Ziehsohn« beider Kretschmanns außerordentliche Verdienste erworben. Auf regionaler Ebene waren Kurt und Erna Kretschmann mehr als ein halbes Jahrhundert lang schöpferisch und unermüdlich aktiv. Über Michael Succow schrieb Kurt Kretschmann 1993 im Freienwalder Kreiskalender: »Ich habe den Tag nicht vergessen, als der zwölfjährige Michael zum ersten Male zu mir kam, um von seinen ornithologischen Beobachtungen im heimatischen Dorf zu berichten. Als damaliger Kreisbeauftragter für Naturschutz war ich überrascht zu hören, daß der Junge schon über 100 Vogelarten beobachtet und notiert hatte, die in Lüdersdorf (bei Wriezen, Land Brandenburg, R. B.) und in der dörflichen Umgebung als Brutvogel oder Durchzügler vorkamen. Jede Hecke, jede Sandgrube, jede feuchte Senke oder Teich waren ihm bekannt. Er wußte, wo die heimischen Orchideen blühten, kannte die Lebensräume der Eidechsen, Unken und Schmetterlinge. Als er dann die Erweiterte Oberschule in Bad Freienwalde besuchte, kam er abends oft zu uns, um sich mit der Naturschutzliteratur zu beschäftigen. So begleiteten meine Frau und ich bis heute seinen Entwicklungsgang.«

Gemeinsame Aktivitäten und die Verwirklichung ihrer Ideen für Natur, Umwelt und Pazifismus konnten Kretschmanns erst ab Herbst 1945 mit Kraft und unbeugsamen Willen in Angriff nehmen. Kurt hatte zuvor während des faschistischen Regimes schwere Jahre überstanden. Seit 1942 war er Soldat an der Ostfront. Einen Genesungsurlaub Anfang 1945 nutzte er, um von der verhaßten Wehrmacht zu desertieren. Während des Urlaubs legte er unter der Laube seines Freundes Studienrat Loose, diese lag auf dem Gelände vom heutigen »Haus der Naturpflege«, eine Erdgrube an. Dort verbarg er sich von Februar bis zur Befreiung durch die Rote Armee im April 1945, notdürftig versorgt von seiner Frau und Freunden. Wäre er entdeckt worden, hätte man ihn sogleich erschossen und Mitwisser ins KZ verschleppt und umgebracht.

Verdiente Ehrungen

»Von Bad Freienwalde aus haben sie den Naturschutz im Osten Deutschlands aufgebaut. Beispielhaft in der Welt«. – » Sie haben viel bewegt, ohne sich selbst jemals verbiegen zu lassen«. – »Gäbe es mehr Menschen wie sie, dann wäre unsere Welt ein Stück friedlicher, dann ließe sich unsere Erde noch retten.«



Zitate dieser Art sind den Lobreden entnommen, welche das Leben und Schaffen der Kretschmanns würdigten. Zahlreiche festliche Veranstaltungen künden seit Anfang der neunziger Jahre in Bad Freienwalde statt. In der Konzerthalle St. Georg, dem Teehäuschen am Schloß Freienwalde der im Haus der Naturpflege. Mit Festansprachen von Succow, Flaßbarth, Platzeck und anderen Mitstreitern. Kulturell begleitet von Prof. Galina Iwanzowa-Hiltenhagen. Für die Kretschmanns waren all die Zusammenkünfte nicht allein Anerkennung, sondern zugleich ein Quell, aus dem sie neue Kräfte schöpften, um ihren für unsere Zeit ungewöhnlichen geradlinigen Lebensweg im Einklang mit der Natur fortzusetzen.

Über diese Ehrungen, zu außerordentlichen Ereignissen im Haus der Naturpflege sowie über Erfolg und neuartige Erkenntnisse im Total-Mulch-Garten haben zahlreiche Medien ausführlich berichtet. Tageszeitungen und Fachzeitschriften haben mehrere hundert Beiträge veröffentlicht. Sie wurden vom Schwiegersohn Wolfgang Scheinert sorgfältig zusammengestellt und liegen im Haus der Naturpflege vor. Die hohe Wertschätzung der Kretschmanns ist z. B. aus nachstehender Übersicht erkennbar:

- Kurt Kretschmann wird zum Ehrenpräsidenten des Naturschutzbundes Deutschlands NABU gewählt (1991).
- Umweltminister Mathias Platzeck verleiht dem Ehepaar Kretschmann den ersten Um-

weltpreis des Landes Brandenburg (1991).

– Erna und Kurt Kretschmann werden mit dem Europäischen Umweltpreis der britischen Conservation Foundation geehrt. Ausgewählt aus 140 Bewerbern in den Kategorien Naturschutz, Kultur und Landschaft, Umweltschutz sowie Jugendinitiativen für die Umwelt (1993).

– Erna Kretschmann wird mit der Goldenen Ehrennadel des NABU ausgezeichnet (1998). Nachdem Kurt Kretschmann lange Zeit als der Vater des Ostdeutschen Naturschutzes galt, wird nun Erna Kretschmann als Mutter des Naturschutzes bestätigt.

– Die Stadt Bad Freienwalde verleiht an Erna und Kurt Kretschmann die Ehrenbürgerrechte. Anlässlich der Festveranstaltung wird das Buch »Ein Leben in Harmonie. Kurt und Erna Kretschmann – für den Schutz und die Bewahrung der Natur« vorgestellt (1999).

– Die Kretschmanns werden Baumpaten für den »Talwächter«, der 170 Jahre alten Stieleiche nahe ihres ehemaligen Blockhauses auf dem Gelände »Haus der Naturpflege« (1999).

Erna Kretschmann verstarb 88jährig nach einem Herzinfarkt am 6. Januar 2001. Kurz zuvor hatte sie noch Wünsche fürs neue Jahr überbracht und Naturschutzvorhaben geplant. Kurt lebte nun allein im vertrauten Haus mit dem anliegenden Mulchgarten, versorgt von Tochter Christel und Schwiegersohn Wolfgang. Mit Unterstützung von Freunden bewirtschaftete er den Total-Mulch-Garten weiter. Im August 2004 wechselte er in das nahegelegene Pflegeheim »Bethesda«.

Dort besuchten ihn weiterhin viele Freunde. Er hatte von seiner geistigen Frische nichts verloren, verfolgte hellwach die aktuellen politischen Geschehnisse und schrieb Gedichte. Gegen den Krieg, zum Vegetarismus, zum Mulchen, zu den verschiedensten Lebensbereichen und zur Natur. Eine Auswahl von 87 Gedichten erschien 2008 unter dem Titel: »Ich will eine Eiche sein. Eine lyrische Lebensbeschreibung«. Kurt Kretschmann. Findling Verlag Kunersdorf.

Am 20. Januar 2007 vollendete sich im Alter von 93 Jahren durch Herzversagen sein erfülltes Leben.

Der vierteilige Artikel von Rudolf Behm, Freund und Mitstreiter der Kretschmanns, basiert auf einem Beitrag, den er für eine Veröffentlichung anlässlich des aktuellen Jubiläums des Naturschutzbundes Deutschlands (NABU) geschrieben hat. Teil 2 folgt in der BBP 6/2010.

Auch Bus und Tram elektromobil gefördert

Dagmar Enkelmann: Kommunen brauchen Unterstützung für modernen Nahverkehr

Bernau (bm). Auch Stadtbusse und Fahrzeuge wie Straßenbahnen können mit dem Programm Elektromobilität der Bundesregierung unterstützt werden. Dies ergab eine Anfrage der Bundestagsabgeordneten Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE). Das Verkehrsministerium fördere, so die Antwort der Bundesregierung, innerhalb des Programm »Modellregionen Elektromobilität« die Forschung und Entwicklung innovativer Nahverkehrssysteme mit mehr als 20 Millionen Euro. »In diesem Rahmen können prinzipiell auch Innovationen im Bereich der Obusse oder Straßenbahnen gefördert werden« heißt es wörtlich.

Enkelmann begrüßt diese Möglichkeit. »Es ist abwegig, daß beim Thema Elektromobilität meist nur an Autos gedacht und geforscht wird. Die Mittel viel stärker in Straßenbahnen und Oberleitungs-Busse zu investieren, würde dem Klima doppelt helfen: Der ohnehin ökologisch vorteil-

hafte Nahverkehr erhalte zum einen eine dringend notwendige Modernisierung, zum anderen könnten mehr Menschen ihr Auto stehen lassen oder ganz auf dieses verzichten«, erklärt die Abgeordnete.

»Natürlich müssen die Kommunen finanziell auch so ausgestattet werden, daß sie sich einen innovativen Nahverkehr leisten können«, betont Enkelmann. Da sieht sie sowohl die Bundesregierung als auch die Länder in der Pflicht.

Seit Ende Dezember 2009 gibt es zudem, wie es in der Antwort der Bundesregierung weiter heißt, ein Markteinführungsprogramm für diesel-elektrische Busse. Damit werde aus Mitteln des Konjunkturpaketes II die Anschaffung von Dieselhybrid-Kleinflotten durch Verkehrsunternehmen im öffentlichen Nahverkehr unterstützt.

Die vollständigen Antworten der Bundesregierung gibt es unter www.dagmar-enkelmann.de oder in den Wahlkreisbüros in Bernau und Strausberg.



Auch Innovationen im Bereich Obusse können mit dem Programm Elektromobilität der Bundesregierung gefördert werden.

Stellplätze für Fahrräder

Eberswalde (bbp). Zusätzliche Fahrradabstellmöglichkeiten sind sowohl am Markt als auch am Bahnhof erforderlich. Darüber habe die Stadtverwaltung bereits im September 2009 den Ausschuß für Bau, Planung und Umwelt informiert, sagte der amtierende Baudezernent Udo Götze auf eine Anfrage von Karen Oehler zur Märzsession des Ausschusses.

Zugrunde liegt ein Prüfauftrag der Stadtverordneten vom Mai 2009, über dessen Realisierungsstand die bündnisgrüne Stadtverordnete Auskunft haben wollte. Im November 2009, so der amtierende Dezernent weiter, habe die Stadtverwaltung dem Ausschuß mitgeteilt, daß im Bahnhofsbereich 18 zusätzliche Fahrradabstellanlagen aufgestellt werden. Der entsprechende Auftrag wurde nach Bestätigung der Haushaltsreste im Februar 2010 ausgelöst und sollte nach Ende der Frostperiode realisiert

werden. Die mit der Deutschen Bahn AG aufgenommenen Verhandlungen zur Erweiterung der vorhandenen Anlage kamen noch nicht zu einem abschließenden Ergebnis.

Im Bereich der Innenstadt wurden im Herbst 2009 mit der Fertigstellung des Altstadtkarrees, das sich in unmittelbarer Nähe zum Markt befindet, 6 Fahrradbügel aufgestellt. »Für den direkten Marktbereich«, so Götze, »wurden Angebote zum Aufstellen eingeholt. Die erforderlichen, zusätzlichen Radstellanlagen am Markt werden in Abhängigkeit der zur Verfügung stehenden Finanzmittel 2010 oder 2011 realisiert.«

Bei zukünftigen Straßenneubaumaßnahmen werde geprüft, ob im Rahmen der Neuherstellung die Notwendigkeit von Fahrradabstellanlagen vorliegt und bei Bedarf dann auch realisiert.

Blamable Verwechslung

Eberswalde (bbp). »Das Projekt Bissing – Biomassekraftwerk – ist in der Stadtverwaltung und auch in der Kreisverwaltung Barnim unbekannt«, beantwortete Bürgermeister Boginski im März eine bereits zur Februar-StVV gestellte Einwohneranfrage. »Standortanfragen zum Bau von Biomassekraftwerken liegen zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht vor«. Investorenanfragen würden grundsätzlich nach geltendem Recht geprüft. »Eine Beteiligung der Stadt«, so der Bürgermeister, »kann nur im Sinne einer investorenfreundlichen, positiven Begleitung erfolgen«. Schließlich noch die Mitteilung: »Im Rahmen der Null-Emissions-Strategie des Landkreises Barnim ist die Stadt aktiv«.

Die Antwort ging an der Frage völlig vorbei. Der Fragesteller machte darauf aufmerksam, daß er vom Biomassekraftwerk Güssing im österreichischen Burgenland gesprochen hatte.

Güssing ist Sitz des Europäischen Zentrums für erneuerbare Energie (EEE). Das EEE entwickelt nachhaltige, regionale und kommunale Konzepte zur Energieeinsparung und zur Nutzung und Erzeugung von erneuerbarer Energie. Das Biomasse-Blockheizkraftwerk ist Teil vom sogenannten »Modell Güssing«, einer Strategie der dezentralen, lokalen Energieerzeugung mit allen vorhandenen erneuerbaren Ressourcen einer Region. Da jede Region über bestimmte Ressourcen in unterschiedlichem Ausmaß verfügt, kann dieses Modell Vorbild für viele Gemeinden sein.

In der Stadtverwaltung Eberswalde gibt es wenig Ambitionen, sich mit dem Thema erneuerbarer Energien als Zukunftschance auch auf wirtschaftlichem Gebiet zu beschäftigen. Davon zeugt der Umgang mit dem Thema »Klimabündnis«, bei dem die Mitgliedschaft der Stadt seitens der Verwaltung wegen 290 Euro Jahresbeitrag in Frage gestellt wird.

Vertreter der Stadt im »Klima-Bündnis der europäischen Städte mit indigenen Völkern der Regenwälder / Alianza del Clima e.V.« ist übrigens laut StVV-Beschluß Nr. 8-96/09 vom 28.05.2009 der Bürgermeister. Einen Bericht über seine Tätigkeit im »Klimabündnis«-Verein gab es bislang noch nicht.

Morgen im Land Utopia

Robert Havemann (1910 - 1982)

Sein Buch »Morgen. Die Industriegesellschaft am Scheideweg« dürfte neben dem Werk »Die Alternative« von Rudolf Bahro zu dem interessantesten politischen Buch gehören, das in der DDR entstanden ist. Den verschiedenen Weltmächten empfahl Havemann, einseitig mit militärischer Abrüstung zu beginnen, wie Gorbatschow es wenige Jahre darauf dann in die Tat umsetzte. Er hielt in dem Band weder die östlichen noch die westlichen Systeme für fähig, auf Dauer eine Gesellschaft mit menschlichem Antlitz zu sichern.

MARKO FERST

Hinweis: Der Band »Morgen« von Robert Havemann ist seit kurzem wieder erhältlich. Man kann ihn bei uns bekommen für 14,90 Euro. Am 11.3.2010 wäre Havemann 100 Jahre alt geworden.

Kettenreaktion, Sonnabend 24. April 2010

Die Menschenkette verläuft vom AKW Brunsbüttel über das AKW Brokdorf, quer durch Hamburg zum AKW Krümmel. Zigtausende werden auf ca. 120 Kilometern ein starkes Zeichen für das Ende der Atomenergie und eine zukunftsfähige, ökologische Energiewende setzen. Beteiligt euch daran!

Aktuelle Infos zur Streckenführung: www.anti-atom-kette.de/strecke.html

Weitere Infos und Spendenmöglichkeiten: www.ausgestrahlt.de

Fotos von den Protestmenschentketten in vielen Städten: www.campact.de/atom2/kette/mmkstandorte

Beschluß des Parteivorstandes: die-linke.de/politik/aktionen/kettenreaktion_atomkraft_ablesen

»Verdoppelt die Posten vor der Gruft!«

Zu einem Versuch, den »Genius des Lichts« wieder anzuknipsen... (BBP 4/2010)

Dem DDR-Dichter Kuba floß 1953, kurz nach dem Ableben Stalins, die eben zitierte Metapher aus der Feder, mit der er den Generalissimus meinte, nicht etwa den Pariser Sonnenkönig. Beide sind hin, und das ist auch gut so. Um so mehr muß es verwundern, daß der Autor Rolf Richter in einer Betrachtung zum »Supergedenkjahr« 2009 den Zufall dreier »runder Geburtstage« (Tilly, Napoleon, Stalin) zum Anlaß nimmt für eine weitgreifende geschichtliche Exkursion, in deren Textfinale Stalin in ein spezielles Licht geschoben wird. Die »Bürgerpost« ließ Richter im Aprilheft auf anderthalb Seiten schalten und walten, wogegen nichts einzuwenden ist, wohl aber gegen die merkwürdigen Versuche Rolf Richters, den Leichnam des roten Zaren zu beatmen. Da ist Widerspruch anzumelden, mit dem die Redaktion wohl auch gerechnet hat.

Der russische Poet Jewtuschenko schrieb, Jahre nach Kuba und der Überführung Stalins in das Leninmausoleum, als sich im großen Sowjetlande Tendenzen stalinscher Innenpolitik reaktivierten: »Verdoppelt die Posten vor der Gruft, auf daß er sie nie, nie wieder verlasse!«

Rolf Richter nun nimmt 2010 die Absichtserklärung des korrupten Moskauer Oberbürgermeisters Lushkow (Familienvermögen über neun Milliarden Dollar), man werde zum 65. Jahrestag des Kriegsendes auch des Generalissimus gedenken, als Signal dafür, daß der Rückblick auf Stalin »aktuellen Bezug« gewinne. Das ist eine an den Haaren herbeigezogene Begründung für seine Auslassungen, denn Gedenken und Erinnern waren – wie auch immer – stets Bestandteil der Feierlichkeiten zum Tag des Sieges, wobei Stalins (nicht unumstrittener) Anteil an der Zerschlagung des deutschen Faschismus im Zentrum stand.

Um an das Zitat aus Jewtuschenkos Poem anzuknüpfen – Rolf Richter zieht die Doppelposten nicht nur ab, er installiert an deren Stelle ein Begrüßungskomitee mit sich selbst an der Spitze. Direkt oder über die reichliche Nutzung konformer Zitate, die den Anschein erwecken sollen, aus Richter töne die Stimme einer großen Schar Gleichgesinnter, läßt der famose Historiker eine zwar schillernde, aber vor allem glänzende Figur entstehen, die dringend ihrer Neubewertung bedürfe.

Die Sache hebt an mit der Erwähnung ausgewählter Charaktereigenschaften des Genossen Dshugaschwili. Er sei zwar nicht der weise Führer gewesen und auch kein Gott, sei aber durchaus als »Intellektueller anzusprechen«. Er habe reichlich gelesen und »abwägend und einsichtig« geurteilt. »Lernen und Einsicht in moderne Strategie« hätten ihm viele führende Militärs bescheinigt, er habe sein Tagebuch sorgfältig geführt und Tausende zuverlässige Pakten darin festgehalten, und – hört, hört – er habe sogar »ernste Fehler im Anfang des Krieges zugege-

ben«. Das war in einem Toast auf das russische Volk im Jahre 1945, ausgebracht vor den Marschällen der UdSSR, also vor der größtmöglichen Öffentlichkeit. Und vermutlich im Zustand der Hochtrunkenheit, denn zu dem ungläublichen und unverschämten Zynismus, der diesen Trinkspruch prägt, wäre wohl selbst Stalin in nüchterner Verfassung nicht fähig gewesen. Oder doch?

Der Chef des GULAGS, der Ausmerzer des leninschen Politbüros, der für die Liquidierung von Millionen seiner Landsleute Verantwortliche sprach, bevor er das Glas erhob, diese Worte, die schon im ersten Satz das Schuldproblem weiterreichen an die »Regierung«: »Unsere Regierung hat nicht wenige Fehler gemacht. Ein anderes Volk hätte zu seiner Regierung sagen können: Ihr habt unsere Erwartungen enttäuscht, macht, daß ihr fortkommt. Doch das russische Volk hat nicht so gehandelt...«

Da tut der große Dompteur so, als habe es ausgerechnet in der Machtfrage die üppigste Freiheit gegeben; da beruft sich ein Zuchthausdirektor darauf, daß ihn die gefesselten Häftlinge in völliger Entscheidungsfreiheit hätten wegiagen können. Und jubelt nun über seine bleibende Legitimierung. Richter, und das macht ihn nicht nur unglaubwürdig, das macht ihn lächerlich, nimmt den Saufspruch her, um sein Bild vom sanften Stalin eine kräftige Kontur hinzuzufügen. So, als würde wer Ulbrichts Mauerlüge zum Beweis für außerordentliche Wahrheitsliebe verwenden.

In Richters Aufsatz steigern sich die Entlastungsübungen zur regelrechten Absolution. Immer mal wird ein Quäntchen an, nun ja, »Versagen« eingeräumt, was den Anschein objektiver Wertung erwecken soll, aber danach kommen gleich die massiven Klitterungen. So werden die Schauprozesse der dreißiger Jahr ins »rechte« Licht gerückt und gerechtfertigt. Schließlich ging es ja mehrheitlich um Troztkisten, und möglicherweise gab es sogar korrekte Urteile. Auch seien einige der Opferzahlen inzwischen reduziert worden – eine Quantitätsfrage also. Auch die Ausrottung der Generalität – eine Aktion der blanken Barbarei, die das Land, als es in den Verteidigungszustand geriet, fast ins Chaos stürzen sollte, vernebelt Richter auf hanebüchene Weise. Eine Militärverschwörung sei real gewesen, und der Offiziersmangel sei auf die starke Vergrößerung der Armee vor dem Krieg zurückzuführen... Und schließlich müsse man das »Repressiv-, Justiz- und Strafsystem« der SU im Vergleich zur »russischen Tradition (Verbannung, Arbeitslager)« sehen. Klartext – die einschlägigen Erfahrungen des Zarentums nutzen.

Unbekümmert und ungezügelt spinnt Richter seine Fäden weiter und gelangt zu der Erkenntnis, daß Stalin zwar die Zwangskollektivierung, die Verfolgung von Gegnern und die

Säuberungen initiiert habe, das aber, was in den Regionen geschah, auf einem anderen Blatt stehe. Im Kontext ist darin von der Selbstständigkeit von Massenbewegungen die Rede. Massenbewegungen also, verselbständigte... Stalin habe zwar die Terrorlawine losgetreten, sei aber für die Wütereien eines entfesselten Parteiapparats nicht mehr verantwortlich, obwohl er dessen Vorsteher war. Das ist sie wieder, die Entlastungslegende, die im Volke umgeht, seit es Tyrannen gibt. »Wenn das der Kaiser, Führer, Stalin wüßte...« Richter ist vorzuwerfen, daß er sich dieses frommen Irrglaubens bedient zur weiteren Weißwaschung des Diktators. Indem er die Legende akzeptiert, statt sie rational zu analysieren, stellt er sich auf die gleiche Stufe wie aie mit Blindheit geschlagenen, manipulierten, fromm hoffenden kleinen Leute, die sich ihrer Kraft noch nicht bewußt sind.

Warum, so muß gefragt werden, ignoriert Rolf Richter das Testament Lenins, in dem vor Stalins Machtgier gewarnt wird? Weshalb ironisiert er die Rede Chrustschows vor dem 20. Parteitag, die eine objektive Beschäftigung mit der Stalinzeit erst ermöglichte? Und warum ignoriert er konsequent die zahlreichen Zeugnisse sowjetischer Schriftsteller von Pasternak bis Simonow, von Kim bis Aitmatow, von Ehrenburg bis Dudinzew, von Rybakow bis zur Achmatowa? Sie alle haben die Unterdrückungszeit erlebt und darüber gesprochen und geschrieben; jeder von ihnen hat Eltern, Verwandte oder Freunde auf tragische Weise durch Hinrichtungen oder in den Arbeitslagern verloren. Und, dies vor allem, weshalb ist Richter so emsig bemüht, den großen Verbrecher »salonfähig« zu machen?

Den Linken im Lande jedenfalls hat er einen Bärendienst erwiesen. Die journalistischen Hofhunde des Kapitals werden sich schon bedanken für das Wasser, daß ihnen so reichlich auf ihre Gebetsmühlen gelenkt wird. Sie werden sich die Großchance nicht nehmen lassen, aus der offensichtlichen Neubewertung des »roten Zaren« Argumente gegen alles Sozialistische zu beziehen. Stalin und seine Adjutanten in der UdSSR und den »sozialistischen« Staaten haben die Idee von einer Gemeinschaft der Freien vor die Hunde gehen lassen; sie haben, wofür sie einst angetreten waren, eigenhändig verhindert. Das ist die historische Wahrheit, wer daran herumwerkelt, spielt mit einer schrecklichen Alternative, die der Menschheit erspart werden muß. Heute kann es nicht darum gehen, »Erinnerungslücken« dadurch zu schließen, daß man sie mit »Fakten« füllt, die uns einen akzeptablen Stalin vorführen. Lassen wir den Mann ruhen, von dem allenfalls zu lernen ist, wie man eine demokratische sozialistische Gesellschaft verhindert.

Dr. STEFFEN PELTSCH

5. Ostereiertrudelwettbewerb

Sieger kamen aus Harnekop, Strausberg und Bad Freienwalde

Am Ostermontag, den 5. April, fand bereits zum 5. Mal der jährliche Ostereiertrudelwettbewerb der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. statt.

Der Nachmittag begann mit einem Osterspaziergang, auf welchem Bernd Schmidt die Teilnehmer mit kurzweiligen Geschichten und Gedichten auf Ostern einstimmte. Der Spaziergang führte durch den Schlosspark, weiter vorbei an Ruine und Thüringer Blick. Durch die Freienwalder Karpaten ging es zum Sauergrund und der gleichnamigen Kleingartenspartie, wo Wettkampfleiter Bernd Müller die Gruppe bereits erwarten wird und den 5. Ostereiertrudelwettbewerb eröffnete.

Zu Beginn wurde die Eiertrudelwettkampfordnung verlesen, worin es heißt, das jedes Ei noch in Eiform das Ziel erreichen muß. Die Schale darf kaputt gehen. Das Ei, was am weitesten trudelt, gewinnt. Mit fröhlichem Hallo startete der Wettbewerb und die Eier überschlugen sich regelrecht. Es mußte kein Ei dis-

qualifiziert werden. Am Ende gab es drei strahlende Sieger. Den dritten Platz erkämpfte sich Regine Stahl aus Bad Freienwalde. Sie erhielt eine Umhängetasche und ein Buch der NaturFreunde. Der zweite Platz ging an Michael Scheier aus Strausberg. Auch er erhielt Umhängetasche und ein Buch sowie einen Kugelschreiber der NaturFreunde. Sieger beim 5. Ostereiertrudelwettbewerb wurde Norbert Harzdorf aus Harnekop. Als Preis gab es hier die Umhängetasche mit Buch und eine Wanderkarte von Bad Freienwalde und Umgebung. Einige Teilnehmer witzelten doch über die 1a Einkaufsstadt. Ob denn die Umhängetasche dafür sei. Ein lustiger Nachmittag ging bei Kaffee und Kuchen zu Ende.

BERND MÜLLER

NaturFreunde-RG Oberbarnim-Oderland e.V.

Die Verschlimmbesserung

Hallo Eltern, falls Ihr männlichen Nachwuchs haben solltet, dann erfüllt deren sicher auftretenden Wunsch nach einer Spielzeugschienenbahn sobald als möglich. Sollte ein solcher Wunsch nicht in Erfüllung gehen, entstehen Verhaltensstörungen mit Spätfolgen. Auch wenn das Kind sein Spielzeug kaputt macht, sollte man das akzeptieren, denn das Kind erwirbt dabei Erfahrungen. Ein nicht erfüllter Wunsch und ein fehlender Lehrabschluß als Verkehrseisenbahner hingegen macht das Kind gefährlich. Im Falle einer Tätigkeit bei der Bahn ist es dann später nur noch als Bahnvorstand zu gebrauchen und lebt seine, durch die Verhaltensstörung erworbene Zerstörungswut, mit Vehemenz am Original aus.

Betrachten wir die Berliner S-Bahn. Die S-Bahn wurde 1924 elektrifiziert und von da an ständig erweitert. Die Erweiterungen erfolgten unter den Bedingungen der Weltwirtschaftskrise, den Zerstörungen im 2. Weltkrieg, der teilweisen Demontage durch die Sowjetunion, der Teilung des Netzes nach dem 13. August 1961 und während des Eisenbahnerstreiks in Westberlin. Trotz dieser Widrigkeiten fuhr die S-Bahn. Als Todesstoß des regelmäßigen S-Bahn Betriebes erwies sich die Privatisierung durch die BRD-Regierung, mit der Folge des bekannten S-Bahn Chaos in Berlin.

Die Entscheidungen der BRD-Regierung waren dann noch so dämlich, anstelle von geeignetem Fachpersonal Manager mit der Führung des DB-Konzerns zu beauftragen. Dessen oberster Manager erfand sogar für sich die Bezeichnung Bahnchef.

Anstatt die BRD-Politiker nach dem S-Bahn Chaos öffentlich eingestehen, daß sie nach der Devise »Unsere Fresse ist größer als unser Ver-

stand« gehandelt hatten und die Rückabwicklung der gescheiterten Privatisierung in Angriff nehmen, betreiben sie nun die Verschlimmbesserung.

Zunächst noch kurz zur Bezeichnung der Worte S-Bahn Berlin. Der Name steht für ein Tochterunternehmen der DB. Die Politik will nun, daß das von der S-Bahn betriebene Netz zerstört wird, und einzelne S-Bahn-Strecken an neue Betreiber vergeben werden. Diese möglichen Betreiber müßten vor Betriebsaufnahme erst einmal viel Geld in Fahrzeuge, Werkstätten und Reservekapazitäten investieren. Das ließe die Betriebskosten der Berliner S-Bahn steigen und hätte Fahrpreiserhöhungen zur Folge. Gleichzeitig entstünde eine Situation, in der der neue Betreiber das S-Bahn-Chaos unter neuem Namen wiederholen könnte.

Mit dem Namen Berliner S-Bahn ist aber auch das mit seitlicher Stromschiene versehene und mit Gleichstrom betriebene Bahnsystem gemeint. Die dort verkehrenden Fahrzeuge sind nur in Berlin einsetzbar, und können nicht durch Fahrzeuge aus anderen S-Bahn-Netzen ersetzt werden. Eine Wechselstromelektrifizierung mit Oberleitung hat Vorteile, auch wegen der Schienenfahrzeuge. Nun gibt es Pläne die Elektrifizierung der Berliner S-Bahn zu verändern. Dauerbaustellen, ausfallende Züge und riesige Baukosten mit Fahrpreiserhöhungen wären die Folgen.

Einen Vorteil gäbe es, der unsinnige Vorschlag der Eberswalder CDU, die Berliner S-Bahn bis Eberswalde zu verlängern (vgl. BBP 4/2002) käme unbeabsichtigt zur Realisierung. Aber ob das ein Vorteil wäre?

U. MÜLLER

Besuch im Bundestag

Fünf Eberswalder FDP-Mitglieder waren dabei

Auf Einladung des Cottbuser FDP-Bundestagsabgeordneten Prof. Martin Neumann sind fünf Mitglieder des FDP-Ortsverbandes Eberswalde nach Berlin gereist. Sie nutzten, teilweise in Begleitung ihrer Ehepartner, ein Angebot, was allen Bürgern offen steht. Zusammen mit ca. 50 Cottbuser Bürgerinnen und Bürgern, meist im Rentenalter, erhielten sie zunächst eine Führung durch das FDP-geführte Justizministerium. Besonders eindrucksvoll war hier die hermetisch abgeriegelte Anlage zur Röntgen-Untersuchung der Tagespost, um Briefbomben-Anschläge zu vereiteln. Dann ging es – nach einer Stärkung im Löwenbräu – per Bus weiter mit einer Stadtführung durch das politische Berlin. Wer weiß schon, wo die nordischen Botschaften sind oder daß sich die Landesvertretung von Baden-Württemberg neben der indischen Botschaft befindet?



Vor dem Reichstags-Gebäude (v. l. n. r.): Stephan Fischer, Dr. Claudia Reissmüller, Hr. Reissmüller, Gisela Trieloff, Horst Nuglisch (nicht abgebildet): Frau Nuglisch, Michael Kindermann)

Am nächsten Tag stand als Höhepunkt ein Besuch im Reichstagsgebäude auf dem Programm. Der Abgeordnete Prof. Martin Neumann begrüßte seine Gäste und hatte gleich noch ein paar Kollegen mitgebracht. Dazu zählten z.B. der Rentenexperte der Liberalen, Dr. Kolb, der Sprecher für Bildung, Patrick Meinhardt und die Europa-Beauftragte und Behinderten-Sprecherin der FDP, Gabriele Monitor. Nach dieser spannenden Unterhaltung ging es dann auf die Zuschauerbänke des Plenums, wo gerade über die Vorratsdatenspeicherung debattiert wurde: Ein wichtiges, schwieriges und mit Emotionen behaftetes Metier, wie sich herausstellte. Den Abschluß des Besuches, an dem die Ehepaare Nuglisch und Reißmüller sowie Stephan Fischer, Michael Kindermann und Gisela Trieloff teilnahmen, bildet ein Besuch im Jüdischen Museum.

STEPHAN FISCHER

Die Nachricht über den Putsch erreichte Eberswalde noch am Vormittag des 13. März 1920. Schleunigst wurde das Finowkartell, die Vereinigung der Gewerkschaften des Finowtals, in das Sekretariat in der Jägerstraße (heute Puschkinstraße) einberufen. Philipp Zopf drängte auf sofortige Maßnahmen, Generalstreik in sämtlichen Betrieben und Institutionen. Die Mehrheit entschied jedoch, zunächst zwei Vertreter nach Berlin zu entsenden und für den nächsten Tag, Sonntag, den 14. März, eine Funktionärskonferenz der Arbeiterschaft des gesamten Finowtals einzuberufen. Am Sonntag trafen sich die 150 Funktionäre in der »Harmonie« (heute »Haus Schwärzetal«). Nun wurde der Generalstreik beschlossen.

Außer in den Eisenbahnwerkstätten des RAW legten am Montagmorgen (15. März) die Arbeiter in allen Betrieben die Arbeit nieder. Von Heegermühle (heute Finow) aus marschierten die Arbeiter nach Eberswalde. Die Arbeiter der am Wege liegenden Fabriken verstärkten den Demonstrationzug. Auch die Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten schlossen sich an. Weil der Marktplatz für die Arbeitermassen zu klein war, zog die Demonstration über die Ratzeburger und die Pfeilstraße weiter zum Alten Turmplatz.

Mehr als 12.000 Arbeiter hatten sich versammelt. Der Vorsitzende der Eberswalder USPD Hermann Kaßner eröffnete die Kundgebung. Dann hielt Philipp Zopf vom Wall des Schießstandes eine Ansprache, in welcher er den Militärputsch mit scharfen Worten brandmarkte und die Arbeiter aufforderte, die Waffe des Generalstreiks dagegen zu erheben.

Es wurde ein Zentralrat gebildet, an dessen Spitze Philipp Zopf und Franz Müller standen und dem u.a. Karl Schröder, Karl Guschke, Max Schrodeck (der auf der Kundgebung die Errichtung der sozialistischen Räterepublik gefordert hatte) und Albert Hannewahr angehörten.

Während der Eberswalder Oberbürgermeister Hopf zwischenzeitlich schon telefonisch bei den Militärbehörden um militärische Hilfe nachgesucht hatte, besorgten sich die Eberswalder Arbeiter Waffen aus der Polizeiwache, dem Schützenhaus, den Wohnungen der Angehörigen der Schützengilde, der Forstakademie und aus den Quartieren der Akademiker. An den Stadteingängen wurde ein regelmäßiger Wachdienst organisiert, Streifen besorgten in den umliegenden Dörfern von Gutshöfen und Gendameriestationen weitere Waffen. Schließlich konnten rund 2000 Arbeiter einigermaßen recht und schlecht bewaffnet werden. Dieser bewaffneten Macht ist es zu verdanken, daß die per Eisenbahn angerückte Reichwehrkompanie, die am Dienstag, den 16. März, den Bahnhofsvorplatz und die Eisenbahnbrücke besetzte, nach einem kurzen Gefecht noch am gleichen Tag wieder abrückte.

14 Von den ausgesandten Streifen erhielt der Zentralrat Kenntnis, daß im Gut Lichterfelde

Vor 90 Jahren starb Philipp Zopf

Führer der Eberswalder Arbeiter in Novemberrevolution und gegen den Kapp-Putsch (2)

In Rudolf Schmidts »Geschichte der Stadt Eberswalde« heißt es lapidar: »Der März des Jahres 1920 sah zehn schwere Revolutionstage«. Für unbedeutend hält der Stadthistoriker, daß der Generalstreik und die bewaffneten Aktionen der Arbeiter des Finowtals der Abwehr des Kapp-Putsches gegen die junge »Weimarer Republik« galten. Einer der führenden Köpfe der Eberswalder Arbeiter im März 1920 war Philipp Zopf, der am 22. März vor 90 Jahren an den Folgen einer schweren Erkältung, die er sich während der Gefechte gegen putschende Reichwehrruppen zuzog, verstarb.



Eine Gedenktafel im Gut Lichterfelde erinnert an das Gefecht vom 15. März 1920, bei dem zwei Arbeiter starben und Philipp Zopf sich seine tödliche Erkrankung zuzog.

mehrere Kompanien Küstriner Reichwehrosoldaten in Reserve lagen. Außerdem lagerten hier größere Mengen Munition, die die Arbeiter benötigten. Daher plante man die Überumpelung. Unter den Arbeitern, die in drei Kolonnen von Eberswalde aus über Eisenspalterei, von Finow (damals Heegermühle) und durch den Wald von Kupferhammer auf das Gut vorrückten, war auch Philipp Zopf.

Die Überumpelung mißglückte, weil der Haupttrupp mit lautem Hurrageschrei angriff und so die Besatzung alarmierte. Die Arbeitertruppe hielten sich noch bis zum Abend und versuchten noch mehrere Angriffe. Schließlich mußte sich wegen Munitionsmangel auch der letzte Trupp vom Lichterfelder Friedhof zurückziehen. Der Dreher Albert Brachlow aus Heegermühle (heute Finow) und der Former Gustav Kunze aus Schöpferth (heute Finowfurt) starben, 14 Arbeiter wurden leicht verwundet.

Philipp Zopf kehrte von dem Gefecht mit einer heftigen Erkältung zurück. Durch seine Kriegsverwundung und die durchlebte Hungerzeit befand er sich ohnehin in keiner guten körperlichen Verfassung. Am 17. März wurde Philipp Zopf in das Städtische Krankenhaus in der Karlstraße (heute Ärztehaus in der Karl-Liebnecht-Straße) eingeliefert. Zur Grippe kam eine Hirnhautentzündung hinzu, die das Rückenmark angriff. Der behandelnde Arzt, Dr. Rüchel, eine hervorragende Kraft im Bereich des Krankenhauses, konnte das Leben trotz aller Bemühungen nicht erhalten. Am 22. März 1922 erlag Philipp Zopf der Krankheit.

Als er zu Grabe getragen wurde, kam noch einmal die Arbeiterschaft des ganzen Finowtals

zusammen. Seine Buchdruckerkollegen trugen den geschmückten Sarg auf ihren Schultern und Tausende folgten in tiefer Trauer. Am Grabe sangen die Arbeitersänger das Lied »Es stand meine Wiege im niedrigen Haus«. Es war sein Lieblingslied. »Die Trauerfeier war bestimmt die eindruckvollste, die Eberswalde je erlebt hat«, resümierte der Zeitzeuge Franz Hasse.

Am 23. März 1919 trafen sich die Eberswalder Stadtverordneten zu einer außerordentlichen Sitzung. Zu Beginn gedachte der Stellvertretende Vorsteher Dr. Boldt des verstorbenen Stadtverordneten Zopf: »Er war einer der lebendigsten und sprachgewandtesten Mitglieder der Versammlung: der Überzeugung, die er sich nun einmal zu eigen gemacht hatte, hing er mit ganzer Kraft an, er war in seinen Kreisen eine hervorragende Kraft und hat auch als Führer gewirkt.« Sein Andenken wurde durch Erheben von den Plätzen geehrt.

In der DDR wurde das Andenken Philipp Zopfs wachgehalten, indem die 11. Oberschule sowie eine Straße nach ihm benannt wurde. Nach 1990 hatte die vom SPD-Bürgermeister Dr. Hans Mai angeführte neue Stadtregierung nichts Eiligeres zu tun, als den Namen des Sozialdemokraten Philipp Zopf aus dem Straßenschild Eberswaldes zu verbannen. Die Philipp-Zopf-Straße ist seither wieder nach dem Hohenzollern-Kaiser Wilhelm, dem »Kartätschenprinz« der 1848er Revolution, benannt.

GERD MARKMANN

Quellen/Literatur (für Teil 1 und 2):

LUDWIG AHRENDT: »Stärker als Monopolisten und Generale!«, Eberswalder Heimatkalender 1960.

MAX GREISER: »Ich kannte Philipp Zopf – Erinnerungen anlässlich seines Todestages am 22. März«, Zeitungsartikel (undatiert).

FRANZ HASSE: »Einiges zu 'Philipp Zopf, mein Vater'«, Manuskript, Eberswalde 1954.

DIETER KEMPFFERT, »Die Revolution im Roten Finowtal«, Barnimer Bürgerpost 12/1998, Dez. 1998

GERD MARKMANN: »'Einer der besten Söhne' Eberswaldes«, Barnimer Bürgerpost 4/2005, April 2005.

GERD MARKMANN: »100 Jahre Frauenbewegung im Finowtal«, Barnimer Bürgerpost 3/2006, März 2006.

RUDOLF SCHMIDT: »Geschichte der Stadt Eberswalde« Band 2, Eberswalde 1941/1994.

PHILIPP WEHR: »Philipp Zopf, mein Vater«, Manuskript, Bremerhaven 1953.

PHILIPP ZOPF: Offener Brief in der Eberswalder Zeitung Nr. 178, 5.8.1919.

Protokoll des Weimarer Parteitages der SPD, 10. 15.6.1919

Märkischer Stadt- und Landbote, 28.3.1920.

Schaufenstergedichte

Auftakt zum »Kunstprojekt in der Eisenbahnstraße« mit einer Aktion der Gruppe »un«

In den nächsten Tagen und Wochen ist mit verstärkten Anfragen von besorgten Einwohnern der Eisenbahnstraße zu rechnen, die wissen wollen, was in den Geschäftsräumen des ehemaligen »Mode Eck« vor sich geht. Was gibt es hier zu kaufen? Und was haben die Gedichte im Schaufenster dort zu suchen?

Die »Schaufenstergedichte« haben eine Vorgesichte. Eine Gruppe von Eberswalder Künstlern – Ingrid Ulandowski, Matthias Schwarz und Reinhard Wienke von der Gruppe »un« – hatten bereits vor Jahren ein Kunstprojekt in leerstehenden Schaufenstern geplant. Das vordergründige Ziel der Aktion bestand darin, Lyrik in den Alltag zu transportieren und den Leerstand von Ladengeschäften durch eine Kunstaktion kreativ zu nutzen. Die Mitglieder der Gruppe »un« druckten zwischen 2004 und 2006 etwa 20 großformatige Gedichte auf Transparentpapier und hängten diese mit monatlichem Wechsel in ein Schaufenster in der Goethestraße 1.

Auf den Spruchbändern stehen kurze und zumeist melancholisch wirkende Gedichte. Ein Teil der Kurzgedichte entstammt dem 1997 veröffentlichten Gedichtband »Lyrisches JA-Buch für Piranha-Parties« der Gruppe »un«. Ei-

nige Gedichte entstanden aber auch eigens für diesen Zweck. Dabei mußten formale Aspekte berücksichtigt werden, z.B. daß die Texte mit möglichst wenigen Zeilen und wenigen Worten auskommen.

Diese Aktion hat viel Zeit, achtlos liegende Transparentpapierrollen und gerettete Druckbuchstabenkästen aus Altbeständen, aber keine Steuergelder gekostet.

Die Spruchbänder sind als temporäre Aktion natürlich auch für das leerstehende Geschäft in der Eisenbahnstraße sehr gut geeignet. Die »Schaufenstergedichte« im Mode Eck bilden den Auftakt für eine geplante »Kunstaktion in der Eisenbahnstraße«, bei dem es um die Wahrnehmung eines wichtigen Stadtraumes geht, der zu veröden droht und vielen Eberswaldern nur noch als Transitstrecke dient.

Wenn also künftig Passanten am »Mode Eck« vorbei hasten und sich im selben Augenblick ratlos wundern: »Wat soll denn ditte?«, ist schon ein erster Schritt erreicht.

Das »Mode Eck« in der Eisenbahnstraße wird dank der Unterstützung durch die WHG in den nächsten Monaten noch verschiedenen kreativen Geistern eine Plattform bieten.

REINHARD WIENKE

Schnelles Internet

Breitband-Konferenz am 11. Mai in Seelow

Zu einer Breitbandkonferenz lädt die Bundestagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE) für den 11. Mai ab 14 Uhr ins Kulturhaus Seelow, Erich-Weinert-Str. 13, 15306 Seelow ein. Mit Vertretern der Landesregierung, Abgeordneten, Kommunalpolitikern, Bürgerinitiativen sowie Telekommunikations-Unternehmen soll beraten werden, wie der Ausbau preiswerter Breitband-Anschlüsse gerade in den ländlichen Regionen Brandenburgs vorangebracht werden kann.

Die Konferenz steht unter dem Titel »Schnelles Internet in der Warteschleife?«. Gegenwärtig gehört Brandenburg bei Breitbandanschlüssen mit einem Versorgungsgrad von knapp 92 Prozent zu den Schlußlichtern in der Bundesrepublik. Viele der »weißen Flecken« sind dabei im Landkreis Märkisch-Oderland sowie im Barnim zu finden. »Diese müssen im Interesse der regionalen Wirtschaft wie auch der Bürgerinnen und Bürger rasch verschwinden«, betont Enkelmann.

Anmeldungen zur Konferenz sind im Bernauer Wahlkreisbüro der Abgeordneten, Berliner Str. 17, unter (03338-459543 oder Fax: 03338-459549 oder per E-Mail unter wkb.d.enkemann@t-online.de möglich.

BÄRBEL MIERAU

Die DDR im (DEFA-)Film:

»Immer geradeaus und um die Ecke«

Schauspielerin Jutta Hoffmann als Gast des Schulkinoprojekts »Sehend lernen – Die Schule im Kino«

So intensiv wie bei der vom Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg (LISUM) initiierten Veranstaltungsreihe »Vergangenheit verstehen, Demokratiebewusstsein stärken: Die DDR im (DEFA-)Film« kam das Motto des Kooperationspartners FILMERNST wohl noch nie zur Geltung.

Das bundesweit bislang einzigartige Projekt bündelte fünf Filme zu fünf Themenkomplexen: Propaganda, Zensur und Verbote, Alltag, Musik, Komödie. Es stellte sich und den jungen Zuschauern die Fragen: Was kann die Auseinandersetzung mit Filmen aus der und über die DDR heutigen Jugendlichen vermitteln und bei ihnen bewirken? Was können die Filme erzählen über ein Land, das es seit 20 Jahren nicht mehr gibt, das aber – notwendigerweise – nach wie vor stark im gesellschaftlichen Diskurs präsent ist? Stehen subjektive künstlerische Sichten einer objektiven Kenntnis- und Kompetenzvermittlung eher im Wege, sind Filme überhaupt ein geeignetes Medium für den Geschichtsunterricht?

»Die bisher fast 20 Veranstaltungen haben uns spannende Erkenntnisse zu diesen Fragen erbracht, die den Ansatz unseres Projektes bestätigen. daß eine Komödie wie »Sonnenallee« oder eine Dokumentation wie »flüstern & SCHREIEN« mit den Einblicken in die Musikszene der

End-DDR auf Resonanz stoßen würden, schien vorhersehbar,« resümierte Dr. Jan Hofmann, Direktor des LISUM. »Es war aber nicht unbedingt zu erwarten, daß auch ein Verbotsfilm wie »Karla« oder gar das Propaganda-Epos »Ernst Thälmann – Führer seiner Klasse« mit einer so großen Aufmerksamkeit und streitbarem Interesse bedacht werden würden.«

Das Projekt setzt auf umfangreiche Vor- und Nachbereitung, bis zu viereinhalb Stunden im Kino – mit Film und Rahmenprogramm. Die Schülerinnen und Schüler sind nicht nur rezeptiv, sondern in mehreren Teilen auch produktiv gefordert. So im Gespräch mit Experten und Zeitzeugen, das Hintergrundinformationen vermittelt und zum Diskutieren und Weiterdenken anregt. Mehr als 180 Schülerinnen und Schüler erlebten beispielsweise im Filmpalast Bernau mit Jutta Hoffmann die »Karla« – 45 Jahre nach ihrem Verbot. »Immer geradeaus und um die Ecke«, wäre für sie schon damals die Kernaussage des Films gewesen – und ist es noch heute. Idealerweise findet die Auseinandersetzung mit dem Film und den Themen ihre Fortsetzung in der Schule.

Über 1.000 Schülerinnen und Schüler haben während der ersten Runde die insgesamt 13 Veranstaltungen des Projekts in zehn Orten des Landes Brandenburg und in Berlin be-

sucht. Der momentan stattfindende zweiten Teil machte bislang Station in Bernau, Seelow, Perleberg und Prenzlau, erreichte mehr als 500 Schülerinnen und Schüler und wird mit zwei Vorführungen von Helmut Dziubas »Erscheinen Pflicht« – mit dem Regisseur und der Hauptdarstellerin Vivian Hanjohr in Hennigsdorf und im Berliner Arsenal – Ende April zu Ende gehen.

Das umfangreiche Begleitmaterial zu den Filmen, das im Zusammenhang mit diesem Projekt entstanden ist, kann unabhängig vom Besuch der Veranstaltungen genutzt werden. Es steht allen Interessenten auf dem Bildungsserver Berlin-Brandenburg unter www.ddr-im-film.de zur Verfügung.

Das Projekt wird veranstaltet vom Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg (LISUM) in Kooperation mit FILMERNST. Gefördert durch den Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer, die Robert Bosch Stiftung, die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung und die F. C. Flick Stiftung gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Intoleranz.

HEIKE HASELOFF

Er kam, sprang und siegte

Helmut Recknagel bei Dagmar Enkelmann

Er kam, sprang und siegte – seine Erfolge und sein Sprungstil machten ihn zur Legende: Dr. Helmut Recknagel. Das DDR-Sportidol ist Gast der Bundestagsabgeordneten Dr. Dagmar Enkelmann in ihrer nächsten Talkrunde »Offene Worte« am Sonntag, dem 25. April 2010 ab 10 Uhr im Treff 23 auf dem Bernauer Kulturhof. Als erster Deutscher und Nichtskandinavier wurde er 1960 Olympiasieger im Skispringen und das im US-amerikanischen Squaw Valley. Nur wenigen Skispringern gelang es wie Recknagel, die Vier-Schanzen-Tournee drei Mal zu gewinnen. Er war in der DDR nicht nur wegen seiner Siege, sondern auch wegen seiner Bescheidenheit und professionellen Einstellung zum Sport ein echtes Vorbild. Der heute über 70jährige und Inhaber einer orthopädischen Firma kann eine Menge erzählen. Der Eintritt ist frei. Rückfragen bitte unter Tel.: 03338-459543.

BÄRBEL MIERAU

Jazz in E. Nr. 16:

Jazz und Frühlingslieder

Am verlängerten Himmelfahrtswochenende, vom 12. bis 15. Mai 2010, heißt es wieder »Jazz in E.«! Nach dem Jubiläum im Vorjahr setzt die 16. Ausgabe des Festivals den Fokus »Volksmusik« und ist so international wie noch nie. Die Künstler und Künstlerinnen kommen aus der Schweiz, aus Norwegen, Dänemark, Frankreich und Deutschland, aus Albanien und Palästina, aus Argentinien, Bulgarien, Holland, der Türkei und dem Iran. Es gibt Bezüge zur Tradition, doch es entsteht Musik dieser Tage. Das komplette Programm mit allen beteiligten Künstlern und Künstlerinnen unter www.mescal.de. Der Kartenvorverkauf hat bereits begonnen. Auf Wunsch gibt es nach einer Pause auch wieder einen Festivalpaß. Er gilt für alle vier Konzertabende und kostet 38 Euro, ermäßigt 30 Euro. Neben unseren eingeführten Vorverkaufsstellen gibt es auch wieder die Möglichkeit über die Homepage Karten online zu erwerben.

UDO MUSZYNSKI

Sommer in der Mühle

Das Eis am Zainhammer ist geschmolzen, das Dach der alten Mühle wurde mit Mitteln des Denkmalschutzes abgedichtet und im Mühlenvorgarten blühen bereits die Blumen zur Begrüßung. Am 1. Mai um 14.30 Uhr erwarten die »Müller« zahlreiche Gäste zur Ausstellung der Montagsmaler »Die MOMA in der Mühle«, mit welcher der Sommer in der Mühle 2010 eröffnet wird. Das Programm in diesem Jahr ist vielfältig und noch umfangreicher als in den Vorjahren.

Es soll 7 Ausstellungen geben, die überdies täglich geöffnet sein werden (mit Unterstützung des Job-Center Barnim). Nach der MOMA folgt am 22. Mai die Ausstellungen »MÜHstisch« von vier jungen Mühlenmitgliedern. Am 24. Mai, dem Deutschen Mühltage, wird in der Zainhammer Mühle ab 14 Uhr die MühleSPIELmeisterschaft an tischgroßen Mühlenbrettern ausgetragen. Die Sieger erhalten einen kunstvollen Preis. Teilnehmer können sich telefonisch unter 03334/65527 anmelden. Für Besucher, die selbst kreativ sein wollen, bietet der Verein am Zainhammer zwei Papierkurse, ein Kettensägekurs, und einen Grundkurs Drechseln an. Auch hierfür werden noch Anmeldungen angenommen. Im weiteren Programm sind zwei Konzerte, die traditionelle Versteigerung zum Abschluss der Sommersaison und der 10. Weihnachtskunstmarkt zu finden.

Der gedruckte Sommerplan wird demnächst ausliegen und ist auch auf der Mühlen-Webseite www.diemuehle.de zu finden.

VERONIKA BRODMANN

Anzeige



Ferienwohnungen in Carwitz
Manfred Fleege
Carwitzer Straße 26
17258 Feldberger Seenlandschaft
Tel. 039831/52943, Fax: 039831/22148

Das Friedensfahrtmuseum lebt

Jede kleine Spende hilft!

Radsportmuseum Cours de la Paix

Kleinmühlingen (Sachsen-Anhalt)
Sparkasse Elbe-Saale
Kontonummer 381 133 850
Bankleitzahl 800 555 00

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – 9 Euro + 3 Euro Spende)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO – 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer _____ Bank _____ Bankleitzahl _____

Name, Vorname _____ Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____ Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in _____

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: _____ Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in _____

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten): _____

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

<http://www.bar-blog.de/barnimer-buergerpost/>

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

telex: (0 18 05) 22 10 40 973

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/>

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: FDP EW, Fischer, Gädicke, Gohlke, G. Markmann (3), S. Markmann

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 35 39 18

redaktions-schluß: 17. April 2010

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002.

Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 15.5.2010, 12 Uhr.